

# VORAN

Inhalt

Runder Tisch Seite 2

1. Mai Seite 2

Die kurdische  
Tragödie Seite 9

Fünf neue Länder  
Seite 12

Marxistische Zeitung für SPD, Jusos, Falken und Gewerkschaften

Nr. 130 – Mai 1991

80 Pfg. – Solidaritätspreis: 2,- DM

Schluß mit der Umverteilung von unten nach oben

# Die Reichen sollen zahlen

*Etwa zwölf Millionen Lohnsteuerzahlern wird „fast alles wieder weggenommen, das ihnen über die Steuerreform in den Jahren 1986 bis 1990 gegeben wurde“, schätzt das Institut für Wirtschaftsforschung in Berlin. Haushalte unter 45.000,- DM Jahreseinkommen müssen „noch erheblich draufzahlen“, während oberhalb von 80.000,- DM „bemerkenswerte Entlastungen“ übrigbleiben.*

Eine halbe Billion, genau 535,5 Milliarden DM Steuern kassierte der Staat 1989. Die Lohnsteuer, der größte Einzelposten, macht gleich ein Drittel des Steueraufkommens aus. Auf Platz zwei folgt die Mehrwert- bzw. Umsatzsteuer (ein Viertel der Steuereinnahmen). Diese Steuer wird nicht von den Unternehmen, sondern vom Endverbraucher gezahlt. Kauft sich jemand z.B. einen

Putzimer, zahlt er 14 Prozent des Kaufpreises an den Staat, unabhängig davon, ob er 1700 oder 170 000 DM im Monat verdient.

Einkommens-, Gewerbe- und Körperschaftsteuer tragen mit einem Fünftel zum Steuerkuchen bei. Das verbleibende Fünftel setzt sich ganz überwiegend aus Verbrauchsteuern zusammen, an erster Stelle die Mineralöl- und Ta-

baksteuer. Fazit: das gesamte Steueraufkommen wird zum allergrößten Teil von den Beziehern kleiner und mittlerer Einkommen aufgebracht.

Das hat Konsequenzen bei den Steuererhöhungen: Ab 1. Juli steigen Lohn-, Einkommens- und Körperschaftsteuer um 7,5 Prozent. 7,5 Prozent mehr Lohnsteuer bringt 13,6 Milliarden DM mehr pro Jahr. 7,5 Prozent mehr Einkommen- und Körperschaftsteuer ergibt 5,3 Milliarden DM Mehreinnahmen. Gerecht kann das nur finden, wer nicht rechnen kann oder selber zur besitzenden Klasse gehört.

## Schlupflöcher für Unternehmer

Ein Skandal sind die nicht gezahlten Steuern. Die Steuern der Unternehmen richten sich nach dem Gewinn. Bei der Festlegung was Gewinn ist (oder besser: was kein Gewinn ist), sind der

Phantasie fast keine Grenzen gesetzt. Angefangen bei der nicht ganz legalen Bilanzfälschung, über gesetzlich zugelassene Wertberichtigungen, Sonderabschreibungen und Kapitalrückstellungen, reichen die Mittel bis zur Flucht in Steueroasen. Manch unscheinbare Insel oder Zwergstaat beherbergen mehrere Tausend Briefkastenfirmen. Als Faustregel gilt, je größer der Konzern, desto größer die Möglichkeiten, Steuerzahlungen zu umgehen. Kein Zufall, schließlich entsteht unsere Steuergesetzgebung nicht in den Parlamenten, sondern eher auf Segeltörns in der Karibik. Lothar Späth ist sicher nicht der einzige Politiker, der sich bei derlei Gelegenheiten für das Wohlergehen der

deutschen Wirtschaft einsetzt.

Die jetzt beschlossenen Steuererhöhungen sind nicht das Ende, sondern der Anfang einer neuen Stufe Kohl'scher Umverteilungspolitik. Die Bundesregierung hält weiter an der geplanten Unternehmenssteuerreform fest. Ab 1993 sollen die Unternehmer um ca. 25-30 Milliarden DM pro Jahr entlastet werden. Dazu soll die Vermögens- und Gewerkekaptalsteuer, bisher zentrale Einnahmequelle der Gemeinden, abgeschafft werden. Von 1993 an will die Regierung im Zuge der EG-Steuerharmonisierung die Mehrwertsteuer anheben.

## Keine Steuerprivilegien

Die Steuerpolitik der Kohl-Regierung läßt sich so zusammenfassen: Die Reichen werden entlastet, die breite Masse zahlt Jahr für Jahr ein größeres Stück des Steueraufkommens. Der Anteil der ungerechten indirekten Steuern steigt gegenüber den direkten Steuern. Die Länder und die Kommunen werden finanziell ausgeblutet.

Auch die drastisch gestiegene Staatsverschuldung ist nur ein Mittel der Umverteilungspolitik zugunsten der

Begüterten. „Danach kaufen Staatschuldenscheine überwiegend die Bezieher höherer Einkommen. Ihnen fließt also auch die Masse staatlicher Zinszahlungen zu. Finanziert werden diese Zinsen auf die Staatsschuld aber aus dem allgemeinen Steueraufkommen, zu dem vor allem die Masse der Bezieher von kleinen und mittleren Einkommen beiträgt.“ (aus: Süddeutsche Zeitung vom 22.9.1990)

Das ganze Steuersystem ist ungerecht. Was wir an Lohnerhöhungen erkämpfen, wird uns bei der Steuer wieder abgezogen. Höchste Zeit, den Spieß umzudrehen: Rücknahme aller Kohl'schen Steuerwohltaten an die Reichen; stattdessen massive Besteuerung der Gewinne und Vermögen; Steuerreform mit dem Ziel der Abschaffung aller indirekten Steuern auf den Massenverbrauch, Abschaffung der Steuerprivilegien für die Reichen; einfaches Steuersystem mit direkter, einkommensbezogener Besteuerung bei starker Progression (d.h. höhere Belastung der Großverdiener).

Geld ist genug da. Es ist nur in den falschen Händen.

Georg Kimmel, Aachen  
Jungsozialist



## SPD muß Grundgesetzänderung verhindern

### Nein zu Blauhelm-Einsätzen

Beim SPD-Parteitag Ende Mai steht eine wichtige Entscheidung an: Die Delegierten haben es in der Hand, den weltweiten militärischen Einsatz von Bundeswehrosoldaten zu verhindern. Denn eine entsprechende Grundgesetzänderung im Parlament kann die Kohl-Regierung nur mit Zustimmung der SPD-Abgeordneten durchsetzen.

Große Teile der Parteiführung wollen hier mitziehen: Mit dem Argument „friedliche Blauhelm-Einsätze“ zu ermöglichen soll das Operationsgebiet der Bundeswehr erweitert werden. Aber auch die Parteilinie hat sich zu Wort gemeldet: Von den 88 dem Parteitag vorliegenden Anträgen zu diesem Thema sprechen sich 66 gegen jede Grundgesetzänderung aus. Damit ist die Sache aber noch nicht erledigt. Wir müssen in den verbleibenden Tagen den Druck aufrechterhalten, um eine entsprechende Beschlußfassung zu erreichen.

Nähere Berichte und Vorschläge – siehe Seite 5  
Artikel zur Lage der SPD – Seiten 6 und 7

## Der Kommentar

# Kein Spuk am runden Tisch

Selten zuvor gaben sich SPD- wie Gewerkschaftsspitze so angepaßt, staatstragend und konzeptionslos wie heute - zu Lasten derer, die zurecht eine knallharte Interessenvertretung von ihnen erwarten dürfen. Einzelne Gewerkschaftsführer entschuldigen sich fast für die Organisation der Demonstrationen im Osten und weisen darauf hin, daß sie damit ja nur „einer Radikalisierung vorbeugen“ wollten (IGM-Vorstandsmitglied Zwickel), als ob in Anbetracht der radikalen Kahlschlag-Politik der Herrschenden nicht eine radikale Antwort nötig wäre.

DGB-Vorsitzender Meyer gibt sich dafür her, zusammen mit Kohl und Unternehmer-Vertretern Optimismus zu verkünden. In einem Interview mit der Londoner „Financial Times“ (10.4.91) rühmte er die Zusammenarbeit mit den Unternehmern und sagte, „In Ostdeutschland sind jetzt die richtigen Rahmenbedingungen gesetzt.“ Daß diese u.a. die Festschreibung der Ost-Beschäftigten als Arbeitnehmer 2. Klasse beinhalten, gab er im gleichen Interview zu. Die von der IG Metall erkämpfte Lohnangleichung an den Westen bis 92 beinhaltet weder die Wochenarbeitszeit, noch Urlaub und im Westen übliche tarifliche Sonderleistungen, so daß das tatsächliche Lohnniveau auch nach 1992 noch rund 30% unter dem des Westens liegt. „Das ist notwendig, aber nicht etwas, das wir in Deutschland publik machen“, so Meyer dazu wörtlich!

### „Sozialdemokratisierung“ der Regierung?

Die Forderungen der Gewerkschaftsführung beschränken sich auf „Sanieren vor privatisieren“, „runde Tische für Strukturpolitik“, „Beschäftigungsgesellschaften“, „Qualifizierungs- und Umschulungsprogramme“. Für welche Berufe soll eigentlich qualifiziert oder umgeschult werden, wenn in allen Branchen Betriebe den Bach runter gehen? Selbst im Dienstleistungsgewerbe geht es nicht weiter, und viele kleine Selbständige der ersten Stunde stehen schon wieder vor dem Ruin. Womit sollen sich die Beschäftigungsgesellschaften beschäftigen, wenn die Absatzmärkte wegbrechen oder von westlicher Konkurrenz übernommen werden? Was sollen die runden Tische bringen außer viel Palaver und die Verwischung der Verantwortlichkeiten für die Misere? Alle diese Vorschläge sind mittlerweile von der Kohl-Regierung aufgegriffen worden, ohne daß sich die Lage für die Ostdeutschen auch nur um ein Deut verbessert hätte.

Dafür darf man sich aber dann über die „Sozialdemokratisierung der Regierungspolitik“ freuen, wie der stellvertretende SPD-Vorsitzende Wolfgang Thierse. In einem Interview mit der Berliner „Tageszeitung“ (10.4.91) beschrieb er die Ratlosigkeit der SPD-Führung so: „Es gibt kein Allheilmittel zur Lösung der Krise. Es gibt angesichts des Problemberges nur relative Entscheidungen.“ Wenn das so ist, dann kann man nach Meinung der SPD-Führung auch gleich mit der Kohl-Regierung gemeinsame Sache machen. Vor der Kennzeichnung dieser Zusammenarbeit als „Große Koalition“, wie sie SPD-Rechtsanwälte Rappe ganz offen, andere hinter vorgehaltener Hand fordern, schreckt man noch zurück. Thierse möchte lieber von „der Wiederbelebung solcher positiver Instrumente wie - ostdeutsch gesprochen - Runder Tisch oder - westdeutsch gesprochen - die konzertierte Aktion“ sprechen. Und der SPD-Vorsitzende Vogel vereinbart mit Kohl lockere „Arbeitsgruppen“. Aber egal wie man das Kind nennt, das Ganze läuft auf eine versteckte bis offene Zusammenarbeit mit der Regierung, und dadurch auf eine Mitverantwortung für deren Politik hinaus.

Wenn die SPD-Führung meint, die Regierungspolitik würde „immer sozialdemokratischer“, sollen wir dann etwa demnächst Kohls Regierungserklärungen zum Grundsatzprogramm der Partei machen? Nein, die Politik dieser Regierung ist durch und durch unternehmerfreundlich und unsozial. Die SPD ist jedoch von Programm, Tradition, Anspruch und Erwartungshaltung ihrer Anhänger und Wähler her eine Partei der Lohnabhängigen. Sie gehört nicht Vogel und anderen Vorständlern, sondern den Mitgliedern. Wir müssen dem Kurs der Anbiederung an CDU und FDP entschiedenen Widerstand entgegensetzen.

### Marktwirtschaft am staatlichen Tropf

Die Jugendlichen und Lohnabhängigen brauchen dringender denn je eine konsequente Interessenvertretung, auf gewerkschaftlicher wie politischer Ebene. Wenn die SPD- und Gewerkschaftsführung deren Interessen nur halb so offensiv verfechten würde wie CDU und FDP die der Unternehmer, dann ginge es vielen Menschen besser und wir hätten auch wieder mehr Zutrauen bei unseren Wählern. Doch in den heutigen Umbruchzeiten ist dies nicht nur eine Frage der Durchsetzung einzelner sozialer Maßnahmen. Wir brauchen eine umfassende programmatische Alternative zur unsozialen Marktwirtschaft.

„Der Staat muß - paradox formuliert - den Übergang von der Planwirtschaft zur Marktwirtschaft planen“, meint Thierse. Dies ist in der Tat paradox. Zeigt es doch, daß der Marktwirtschaft ihre angeblichen „Selbstheilungskräfte“ längst abhanden gekommen sind. Der monopolisierte Kapitalismus wäre ohne massive staatliche Unterstützung überhaupt nicht mehr existenzfähig. Die Alternative ist nicht eine kapitalistische Marktwirtschaft am staatlichen Tropf, wie sie auch in weiten Teilen der Linken bis hin zur „Memorandum-Gruppe“ alternativer Wirtschaftswissenschaftler gefordert wird. Die Alternative ist eine demokratische Planwirtschaft, die nicht von oben, sondern von den arbeitenden Menschen selbst verwaltet und auf ihre Bedürfnisse abgestimmt wird. Dafür gibt es einen schönen Begriff, der sich sogar im Parteiprogramm der SPD findet: demokratischer Sozialismus.

## Aktuelles

1. Mai

# „Wenn Ihr Euch nur einig seid“

Diese Aufforderung August Bebels hat zum diesjährigen 1. Mai besondere Bedeutung, der zum ersten Mal im wiedervereinigten Deutschland stattfindet. Und das in einem Jahr, das der Wendepunkt zwischen der Ära des Nachkriegsaufschwungs mit relativer sozialer Sicherheit und einer Zeit von sozialen Spannungen und Instabilität ist. Schon heute zeigt sich, daß der Triumphzug der „sozialen Marktwirtschaft“ (sprich: Kapitalismus) ein Pyrrhussieg war.

Neue Kämpfe für elementare Rechte brachten in den neuen Ländern in kürzester Zeit wieder Hunderttausende auf die Straße. Aber auch in den alten Bundesländern müssen sich Beschäftigte zunehmend gegen die unsoziale Politik der CDU/FDP-Regierung wehren, die bisher ihre deutlichsten Spuren im öffentlichen Bereich hinterlassen hat. Doch auch im industriellen Sektor weht im vereinten Deutschland der Konzeptionswind ein zunehmend steiferer Wind. So kündigten die Metall-Arbeitgeber von ihrer Seite aus einen „Arbeitskampf“ gegen die IG Metall an. Die „Kommission zur Revitalisierung der Marktwirtschaft“ der Bundesregierung forderte in ihrem kürzlich vorgelegten Bericht Maßnahmen, um z.B. Arbeitnehmer unterhalb von Tariflöhnen einstellen zu können. Das kommt einem Generalangriff auf das Tarifsystem gleich.

Den Kolleginnen und Kollegen im Osten brachte die Vereinigung anstelle des „Segens der Sozialpartnerschaft“ die Botschaft, die Betriebe müssten „schnell - und damit

für die Betroffenen schmerzhaft - von überflüssigem Personal befreit werden“. Im Mund führen sie die nationale Einigkeit, im Handeln heißt es: „Wir hier oben - ihr da unten“. Und auf wessen Seite „unsere“ Bundesregierung steht, hat ihr Steuerbetrug ja gezeigt. „Opfer bringen“ heißt: fünf Millionen Arbeitslose in Deutschland, Sozialabbau und niedrige Tarifabschlüsse für uns - Steuergeschenke und Subventionen für Unternehmer.

### Kein Frieden mit dem Kapital

„Der 1. Mai ist und bleibt ein Kampftag, ein Tag, an dem wir alle geschlossen für unsere Forderungen demonstrieren.“ (1. Mai-Aufruf DGB-Kassel) Der 1. Mai ist nicht nur ein „Kampftag“, sondern auch Erinnerung daran, daß es auf Dauer keinen sozialen Frieden mit dem Kapital geben kann. Diese Erkenntnis ist so alt wie die Geschichte des 1. Mai selbst, der von der Arbeiterbewegung erst nach vielen Jahren harter Auseinandersetzungen (mit vielen Toten) vor über 100 Jahren als „Tag der Arbeit“ erstritten wurde. „Tapfer vorwärts! Der Konflikt hat begonnen. Eine Armee von Lohnabhängigen ist ohne Arbeit (!) ... Arbeiter, eure Losung soll sein: kein Kompromiß! Der 1. Mai, dessen historische Bedeutung erst in späteren Jahren verstanden und gewürdigt werden wird, ist da!“ heißt es in einem der ersten 1. Mai-Aufrufe im Jahre 1886.

Der jüngste Steuerbetrug und die beschäftigtenfeindliche Politik in den fünf neuen Ländern müssen für SPD- und

Gewerkschaftsführung Mahnung sein, daß von der Unternehmerregierung keine Solidarität erwartet werden darf. Wir brauchen keine faulen Kompromisse, keine runden Tische, sondern selbstbewußte Forderungen, die das diesjährige Motto „Soziale Einheit - in Frieden und Freiheit“ mit Leben füllen:

- Gleicher Lohn für gleiche Arbeit.
- Arbeit für alle, 35-Stundenwoche jetzt.
- Staatliches Beschäftigungsprogramm,

men wird (Meyer, Stolpe ...) - heißt es aus Bonn, die Ossi sollten die Solidarität in den alten Bundesländern nicht „kaputt demonstrieren“.

### Gefahr der Spaltung

Von der Gegenseite aus wird alles getan, um die arbeitende Bevölkerung zu spalten. Westler sollen gegen Ossi ausgespielt werden, Beschäftigte gegen Arbeitslose, Deutsche gegen Ausländer. So soll von der eigenen Verantwortung abgelenkt, die Bewegung geschwächt und die Keime für Neid, Konkurrenz und Ausländerfeindlichkeit gestreut werden.

Dies ist eine große Gefahr für die Gewerkschaftsbewegung in Gesamtdeutschland. Das Arbeitslosenheer der Ostdeutschen bildet eine riesige Reservearmee, die von den Unternehmern zur Lohnrückerei eingesetzt werden



Montagsdemo in Leipzig: Die Herrschenden wollen Westler gegen Ostler ausspielen.

Rücknahme der Steuererhöhungen. - Nicht die Beschäftigten, sondern die Einheitsgewinnler sollen zahlen. - Neuwahlen sofort.

Der 1. Mai ist die beste Gelegenheit, ein solches, alle Beschäftigten einigendes Programm bekanntzumachen und mit geschlossener Stärke Einigkeit gegenüber Kohl und Konsorten zu demonstrieren.

Schon 1892 wurde in einer 1. Mai-Flugschrift festgestellt: „Es ermutigt einen jeden Teilnehmer, wenn er sieht, daß viele Tausende von Menschen, die er nicht kennt, die er niemals gesehen hat, mit ihm für die gemeinsame Sache kämpfen.“

Jetzt, wo Kohls Politik immer schärfer unter Beschuß gerät - auch wenn er bis in die SPD- und Gewerkschaftsspitze hinein verschämt in Schutz genom-

kann. Schon jetzt gibt es dies an der Nahtstelle zwischen Ost und West bei den Hilfsjobs, die z.B. in Berlin schon für einen Stundenlohn von 7,- DM angeboten werden. Je mehr junge Facharbeiter in den Westen abwandern, umso stärker wird es diese Konkurrenz und Lohnrückerei auch bei den qualifizierten Jobs geben. In der 50.000 Einwohner-Stadt Schwedt bei Frankfurt/Oder z.B. sind 80% der 18-25-Jährigen in den Westen gegangen, die Jugendarbeitslosigkeit beträgt dort 70%. Die Gewerkschaftsführung muß alles tun, um der Spaltungsfahrer entgegenzuwirken.

Der 1. Mai ist der Tag, an dem die Arbeiterbewegung demonstriert, daß sie die Reihen gegen das Kapital und seine Marionetten geschlossen hält.

Oliver Schulz, Kassel  
Jungsozialist

## Unterlasser

Seit der Vereinigung haben bundesdeutsche Unternehmer 120 Milliarden DM im Westen investiert, aber nur 10 Milliarden DM im Osten! 70% dieser 10 Milliarden flossen zudem in den Aufbau von Vertriebsstrukturen, Firmenniederlassungen, Bankenfilialen oder Supermärkte. Nur ganze 3 Milliarden DM wurden in der Industrie investiert, vor allem in der Automobilbranche. Und die ließen sich die Unternehmer auch noch durch steuerliche Vergünstigungen von der Masse der Steuerzahler mitfinanzieren. (Quelle: „Kontrapunkt“, Mitgliederzeitschrift der IG Medien, Heft 5/91)

Demgegenüber hat allein die Bundespost ein Investitionsprogramm von 55 Milliarden DM für die nächsten Jahre aufgelegt. In ihrer Propaganda verlangen die Bürgerlichen immer, der Staat solle sich aus der Wirtschaft raushalten. Tatsächlich aber läuft fast nichts ohne den Staat. Denn die sogenannten Unternehmer sind längst zu Unterlassern geworden.

**VORAN** zur sozialistischen Demokratie

Überregionale marxistische Monatszeitung für Jusos, SPD, Falken und Gewerkschaften. Erscheint seit 1973.

Herausgeber: VORAN zur sozialistischen Demokratie e.V., verantwortlicher Redakteur: Hans-Gerd Öfinger.

Redaktionsanschrift: VORAN, Hansaring 4, 5000 Köln 1, Telefon 02 21 / 13 4504.

Druck: Blitz-Druck GmbH, Im Hesselbruch 16, 4300 Essen 11.

Bankverbindung: Postgiroamt Essen, BLZ 360 100 43, Konto-Nr. 2500 59-430.

## Ökologische Folgen des Golfkrieges

# Operation gelungen, Patient tot!

Durch „chirurgische Angriffe“ der Alliierten wurde Kuwait Ende Februar endgültig „befreit“. Heute feiern die Bewohner Kuwaits jedoch keine Freudenfeste für ihre Befreiung mehr. Ca. 150.000 der 600.000 Einwohner Kuwaits sind seitdem geflohen, da das Land durch die Verseuchung der Atmosphäre durch die brennenden Ölquellen nahezu unbewohnbar geworden ist.

Nach Schätzungen einer Kommission der amerikanischen Umweltbehörde gelangen durch die Brände ca. 80.000 Tonnen Ruß täglich in die Atmosphäre. Das ist zehnmal mehr als der gesamte Ausstoß aller amerikanischen Kraftwerke. An einigen Stellen wurden in 20 Minuten 935 Partikel pro Kubikmeter Luft gemessen. Die zulässigen US-Werte sehen maximal 150 Partikel pro Kubikmeter Luft vor, allerdings in 24 Stunden. (taz, 6.4.91)

Die im Ruß enthaltenen Substanzen sind äußerst giftig und z.T. krebserregend. Ein Tag in Kuwait-City ist ungefähr so gesundheitsfördernd wie das Rauchen von 250 Zigaretten (an einem Tag!). In den Krankenhäusern werden zunehmend Fälle von Atemwegserkrankungen, Hautinfektionen und Blutgeschwüren registriert. Der Ruß ist nicht nur akut lebensgefährlich, sondern wird auch langfristig Boden und Wasser verseuchen, und das nicht nur

in Kuwait-City, sondern im internationalen Maßstab. Der Himalaya ist jetzt schon vom schwarzen Regen heimgesucht worden, der auch noch weiter entferntere Gebiete die Freuden der Befreiung Kuwaits bringen wird. Von dieser Katastrophe sind vor allem die ärmsten aller Länder betroffen, die nicht im Entferntesten die Möglichkeit haben, die Folgen der Verseuchung zu bekämpfen.

### Ölpest im Golf

Die brennenden Ölquellen sind noch lange nicht alles, was negativ in die ökologische Bilanz des Krieges eingeht. Da ist noch der Ölteppich im Persischen Golf, der sich entlang eines 400 Kilometer langen Streifens an der saudischen Küste ausbreitet. Täglich fließen ungefähr 600.000 Liter Öl in den Golf zu den anderen 200.000 Millionen Litern Öl, die bereits auf dem Meer schwimmen. Das ist das sechsfache

dessen, was bei dem Unfall der Exxon Valdez 1989 vor Alaska ins Meer gelaufen ist.

Die Ölpest vernichtet nicht nur die Pflanzen- und Fischbestände des Golfes, sondern beeinträchtigt auch das Leben im Indischen Ozean. Der Persische Golf war als artenreiches Flachmeer die Vorratskammer der angrenzenden Meere. Der vom Fischfang lebenden Bevölkerung droht eine Hungerkatastrophe.

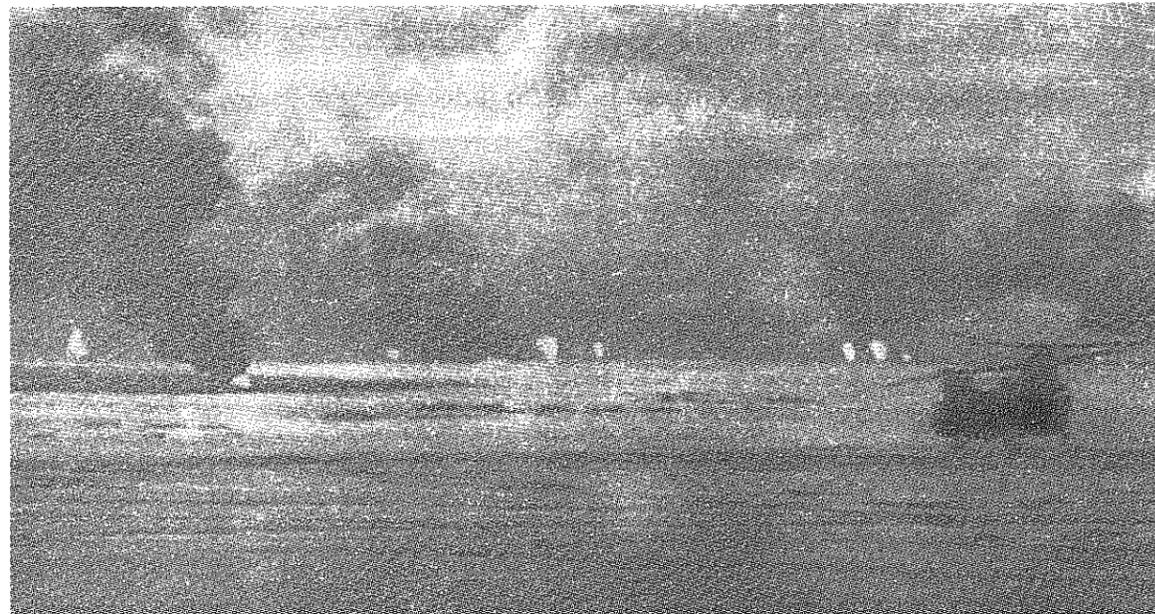
Staubwischen oder (Öl-)Teppicheinrollen geschickt werden müßte, will die EG gerade mal 15 Millionen DM bereit stellen, während allein der Kohl-Regierung der Krieg immerhin 18 Milliarden DM wert war.

### Inferno

Die Bevölkerung Iraks wurde Opfer einer modernen Kolonialpolitik: Spielt der Diktator des Landes das Marionettentheater der USA nicht mehr mit,

Weltordnung à la Bush auszusehen hat. Die US-Wirtschaft ist auf billige Rohstoffe angewiesen und kann sich deshalb ungehorsame Diktatoren oder revolutionäre Stimmungen in der Bevölkerung der rohstoffreichsten Region nicht leisten.

Für die kurzfristigen Profitinteressen war der Krieg aus der Sicht der Konzerne und der West-Regierungen lohnenswert, denn sie tragen auch nicht die Kosten des Krieges und der Folgen.



Brennende Ölfelder in Kuwait: ein Tag ist so „gesundheitsfördernd“ wie das Rauchen von 250 Zigaretten.

Die Maßnahmen, die gegen die brennenden Ölquellen und die Ölpest ergriffen werden, erinnern an Schildbürgerstreiche. Die Anlagen zum Absaugen des Öls können wegen Treibstoffmangels nicht in Betrieb gehen, während die Lecks, aus denen Öl in den Golf fließt, erst gar nicht gestopft werden. Es fehlt an Ausrüstung und Geld, die Folgen der größten Materialschlacht seit dem 2. Weltkrieg zu bekämpfen. So, als ob nur jemand zum

wird das Land in einem Feldzug für „Demokratie und Menschenrechte“ in die Steinzeit bombardiert. In den meisten Städten ist Infrastruktur und Trinkwasserversorgung zusammengebrochen, Seuchen (und Hungersnöte) brechen aus.

Dieses Inferno zeigt das wahre Gesicht dieses Krieges: Die Bevölkerung soll demoralisiert und eingeschüchtert werden. Am Beispiel Kuwait-Irak wurde ein Exempel statuiert, wie die neue

Die ökologischen Schäden sind von globalem Ausmaß und betreffen am härtesten die armen Länder. Die Kosten einer Politik, die nur im Interesse der absoluten Minderheit der Gesellschaft ist, können wir uns nicht leisten. Der Kampf um den Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen ist daher heute mehr denn je ein Kampf gegen das kapitalistische Profitsystem.

Wiebke Möbius, Köln  
Jungsozialistin



Heute haben die Bewohner Kuwaits nicht mehr viel zu feiern: 150.000 sind seit der „Befreiung“ aus Kuwait vor der Ökokatastrophe geflohen.

### Rohwedder-Mord

# RAF – die nützlichen Idioten der Rechten

Der Mord an Detlev Rohwedder hat viele Menschen zurecht empört. Für die Kohlregierung und die Rechten ist er eine Ausgeburt des „Linksterrorismus“, womit sie die gesamte Linke diffamieren wollen. Doch Sozialisten haben mit Terrorismus nichts zu tun, sondern sich von solchen Taten immer entschieden distanzieren.

Was hat die RAF damit erreicht? Die Arbeit der Treuhand geht im gleichen Stil weiter; die Nachfolgerin ist schon gekürt. Die RAF glaubt, das System zu treffen. Doch das System besteht nicht aus einzelnen Personen, sondern aus Strukturen und Machtzusammenhängen. Um sie zu zerschlagen, braucht es die organisierte Kraft von Millionen.

### Erlösung durch „Rächer der Enterbten“?

Die RAF spielt sich dagegen als Anwalt des Massen auf und meint, stellvertretend handeln zu müssen. Darin spiegelt sich auch Mißtrauen und Verachtung gegenüber der Bevölkerung wider. Individueller Terrorismus schwächt letztlich das Selbstvertrauen der Arbeitenden in ihre eigene Kraft und gäukelt die Erlösung durch einzelne „Rächer der Enterbten“ vor, die meinen, die Sache mit ein paar Kugeln regeln zu können.

Die Prozesse gegen die „Roten Brigaden“ in Italien in der 80er Jahren und die Aufdeckung der Geheimloge „P 2“ haben gezeigt, daß diese linksterroristische Gruppe vielfach von Rechtsextremen und staatlichen Provokateuren unterwandert war. Das wirft ein bezeichnendes Licht auf die Methoden – sie können gleichermaßen von links wie auch von rechts stammen.

Terroranschläge schaden der gesamten linken Bewegung, weil sie der politischen Rechten und dem bürgerlichen Staatsapparat geradezu in die Hände spielen. Schon in den 70er Jahren haben die Aktionen der RAF den Vorwand für die Verschärfung von Strafgesetzen und Haftbedingungen geliefert, vom Kontaktsperre-Gesetz bis zum 129a. Nicht, um eine handvoll Terroristen zu bekämpfen, die für sie ohnehin keine ernsthafte Gefahr darstellen. Sondern um solche Anti-Terror-Gesetze bei anderer Gelegenheit gegen Linke und Gewerkschafter anzuwenden.

### Gewerkschaftsfeindliche Hetze

Auch den Rohwedder-Mord benutzen die Rechten gleich wieder, um gegen die Demonstrationen der Arbeiter in den fünf neuen Ländern und die Gewerkschaften zu Felde zu ziehen. Von „politischer Brandstiftung“ und dem

„bösen Wort Steinkühlers von der Treuhand als Schlachthof“ war die Rede, die das „Klima der Gewalt“ erst geschaffen hätten. Und die Regierung hat jetzt leichteres Spiel, um dem Verfassungsschutz den Zugang zu den Stasi-Akten, und damit zum Ausschneffeln von Millionen Bürgern zu verschaffen.

Sicher war Rohwedder nicht gerade ein Sympathie-Träger für Arbeitnehmer. Als SPD-Seiteneinsteiger in Schillers Wirtschaftsministerium war er von Anfang an in der Ministerialbürokratie, später in der Vorstandsetagen des Hoesch-Konzerns zu Hause. Schon als Sanierer von Hoesch baute er 40% der Belegschaft ab. Die vielgerühmte „soziale Abfederung“ beschränkte sich damals auf einen Sozialplan in Höhe von 65 Mio. DM, wobei der Konzern gleichzeitig staatliche Hilfen und Kredite von 240 Mio. kassierte. Ein Konzept, das seine Fortsetzung in der heutigen Politik der Treuhand findet.

Der Kampf gegen die Politik der Treuhand ist nicht Sache einer von niemandem gewählten, selbsternannten „Elite“, sondern der arbeitenden Bevölkerung selbst, und zwar mit ihren eigenen Methoden, die nichts mit brutalen Gewaltakten gegen Einzelne gemein haben.

Angela Bankert, Köln  
Jungsozialistin

## Solidarität mit den Kurden!

In vielen Städten der BRD finden zur Zeit Solidaritäts-Aktionen mit den vom Völkermord bedrohten Kurden statt. VORAN ruft alle Leser auf, sich aktiv daran zu beteiligen. Wir schlagen folgende Maßnahmen und Forderungen vor:

\* Kein Vertrauen, keine Unterstützung der westlichen Regierungen und der UNO und ihrer Maßnahmen in der Kurden-Frage.

\* Gewerkschaften, SPD und die internationale Arbeiterbewegung müssen das kurdische Volk unterstützen und verteidigen, in Zusammenarbeit mit der Opposition in den Besatzungsstaaten Kurdistans.

\* Umfassende und ausreichende humanitäre Hilfe und medizinische Versorgung in Zusammenarbeit mit „medico international“. Die kurdischen Arbeitnehmer bzw. Gewerkschaftsmitglieder in Deutschland können dabei eine wichtige Brückenfunktion spielen.

\* Überwachung der Verteilung von Hilfsgütern durch unabhängige kurdische Organisationen, die das Vertrauen der Bevölkerung genießen.

\* Unterstützung der militärischen Selbstverteidigung durch Geld- und Waffenspenden und den Aufbau demokratischer Verteidigungs-

gungskomitees in ganz Kurdistan.

\* Schluß mit der Abschiebung von kurdischen und sonstigen Asylbewerbern.

\* US- und alle anderen ausländischen Truppen raus aus dem Nahen Osten.

\* Abzug aller irakischen, türkischen, syrischen und iranischen Besatzungstruppen aus Kurdistan.

\* Für das Selbstbestimmungsrecht der Kurden. Schluß mit dem Völkermord. Für eine freie Volksabstimmung in ganz Kurdistan über die genaue Form des Zusammenlebens der Kurden.

\* Für den Sturz des Saddam-Regimes und aller anderen Diktaturen in der Region, einschließlich des Özal-Regimes in der Türkei. Die Parteien und Organisationen der Arbeiterklasse der Region dürfen keinen Burgfrieden mit ihren jeweiligen Regierungen schließen (Saddam, Özal, usw.) Der Kampf der kurdischen, türkischen, irakischen, iranischen und syrischen Massen kann nur erfolgreich sein, wenn er gemeinsam geführt wird. Die Gewerkschaften und sozialistischen Parteien im Westen müssen für diesen Kampf jede politische und materielle Unterstützung gewähren.

\* Für eine sozialistische Föderation aller Länder im Nahen Osten.



## Jugend für Sozialismus . . .

# Für eine starke Juso-Linke mit marxistischem Programm!

Nach dem Rechtsruck in der Juso-Führung beim letzten Bundeskongress fand im April ein erstes bundesweites Treffen der Juso-Linken in Dortmund statt. Diskutiert wurden u.a. eine inhaltliche Plattform und die Möglichkeiten des Aufbaus der Juso-Linken.

Der Bundesverband der Jusos hatte in der letzten Zeit leider einen Tiefpunkt in seiner Entwicklung erreicht: politische Bedeutungslosigkeit in der Öffentlichkeit, Rückgang der Mitgliedszahlen, Kampagne- und Handlungsunfähigkeit. Beim letzten Bundeskongress drückte sich in der Wahl des neuen Vorsitzenden Ralf Ludwig ein politischer Rechtsschwenk des Verbandes aus. Eingeleitet wurde dies schon von der alten Führung, die die Juso-Linke innehatte.

Jetzt stellen die sogenannten „Reformsozialisten“ die Mehrheit bei den Jusos. Sie stehen voll auf dem Boden der Marktwirtschaft und sehen nicht mehr die Überwindung des Kapitalismus als Ziel sozialistischer Politik an. Gleichzeitig mit diesem Führungswechsel nach rechts wurde mehrheitlich eine Grundsatzklärung verabschiedet, die von der „Juso-Linke“ eingebracht wurde. Sie ist zwar sehr

widersprüchlich und halbherzig, hält aber immerhin am Sozialismus als angestrebter neuer Gesellschaftsordnung fest und stellt die kapitalistischen Eigentumsverhältnisse in Frage.

### Linke aufbauen

Die Aufgabe besteht nach wie vor darin, die Jusos wieder zu einem kämpferischen sozialistischen Jugendverband zu machen, der auch wieder eine Rolle als linke Opposition in der SPD spielen kann. Bloß wie kann dieses Ziel erreicht werden?

Schon seit längerem formiert sich die „Juso-Linke“ als Strömung, die sich weiterhin auf den Marxismus beruft und will, daß die Jusos ein „antikapitalistischer“ Verband bleiben. Angeregt wurde dies vor allem vom „Hannoveraner Kreis“ (HK), der mit dem Zusammenbruch des Stalinismus vor allem in der DDR in eine tiefe Krise geraten ist. Schon vorher ist diese Strömung unter

dem Eindruck des kapitalistischen Aufschwungs der 80er immer weiter nach rechts gerückt. Trotz aller Lippenbekenntnisse zum Marxismus ist der HK eine reformistische Strömung. Das Fehlen eines klaren Programms war verbunden mit der Unfähigkeit, Impulse für den Aufbau der Jusos zu geben – die Führungsposition, die der im Bundesverband besaß, wurde nicht genutzt.

### Alter Wein in neuen Schläuchen?

Wenn die „Juso-Linke“ nicht nur ein neuer Name für alte Ideen und Methoden sein soll, muß sich noch einiges ändern. Das Klima beim Juso-Linkentreffen war zwar eher konstruktiv, und auf die früher üblichen Seitenhiebe gegen andere Strömungen – besonders VORAN-Unterstützer – wurde verzichtet. Einigkeit bestand in der Ablehnung einer „Öffnung der Jusos nach rechts“, aber wenn es um konkrete Fragen ging, wurden die politischen Schwächen überdeutlich.

Nur ein Beispiel: Die Grundlage in der Diskussion über die Lage in der ehemaligen DDR war das Gutachten der „Memorandumgruppe“ von alternativen Wirtschaftswissenschaftlern, die die bittere Logik des Kapitalismus akzeptieren – wenn auch sozial abgeduldet. Kaum ein Redner stellte dieses Konzept in Frage. Nur ein VORAN-Un-

terstützer sprach sich klar gegen Privatisierung und für demokratische Kontrolle von Arbeitnehmern und Belegschaften über die Wirtschaft aus. Was heißt „Antikapitalismus“, wenn er nicht zu konkreten Forderungen führt?

Die Diskussion über den Aufbau der Juso-Linken als neue Strömung ist auf diesem Treffen erst begonnen worden. Wir VORAN-Unterstützer werden in der Juso-Linke für ein marxistisches Programm eintreten und konkrete Vorschläge für gemeinsame Arbeit zum

Aufbau der Jusos machen.

Dabei müssen wir darauf achten, daß die Juso-Linke nicht nur ein weiterer Debattierzirkel wird, sondern auch aktive Kampagnenarbeit nach außen betreibt, insbesondere orientiert auf junge Arbeitnehmer. Die Juso-Linke muß hier einen Beitrag leisten. Dazu muß sie programmatisch, aber auch in der Praxis eine Alternative zur jetzigen Juso-Führung stellen.

Ulf Petersen, Köln  
Jungsozialist



Die Juso-Linke muß auch aktive Kampagnen-Arbeit betreiben, insbesondere orientiert auf junge Arbeitnehmer.

Bundeskongress 1986  
Jungsozialisten  
in der SPD



Wir wollen LEBEN,  
ARBEIT, ZUKUNFT!  
Für eine linke Alternative.



Linke Alternative gesucht: Die Jusos brauchen eine programmatische Erneuerung.

Kassel

## Erfolgreiches Juso-Seminar

Zum Thema „Dritte-Welt-Problematik“ organisierten die Kasseeler Jusos ein Unterbezirkseminar, an dem über 30 Mitglieder und Interessenten teilnahmen. Bei der Vorbereitung war uns wichtig, das Seminar nicht als abgesonderte Einheit dastehen zu lassen, sondern es in die gesamte Juso-Arbeit zu integrieren.

In den AGen liefen politische Diskussionen, um Schwerpunkte setzen zu können. Interessierte, die wir während der Anti-Kriegsbewegung trafen und die sich noch nicht bei den Jusos engagierten, wurden eingeladen. Zu Beginn des Seminars stand eine allgemeine Einführung zur „Dritte-Welt-Problematik“ auf dem Programm. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde die arabische Nation durch künstliche Grenzen, vor allem von den Amerikanern und Briten festgelegt, zerteilt. Aus diesem Grund kommt immer wieder die Forderung nach einem einheitlichen Staat auf.

Im Iran-Irak-Krieg rüsteten sämtliche westliche Staaten Saddam auf. Somit verschuldete sich der Irak mit über 50 Milliarden Dollar. Die Haupteinnahmequelle ist das Öl. Durch den niedrigen Ölpreis auf dem Weltmarkt mußte der Irak fünfmal mehr Öl fördern, um sein Einkommen gleichzuhalten. Kurz vor seinem Einmarsch nach Kuwait versuchte Saddam, bei der OPEC eine Erhöhung des Ölpreises durchzusetzen.

Die Vereinigten Arabischen Emirate und Saudi-Arabien lehnten ab. Durch solche und andere Erfahrungen durch und wächst im arabischen Volk der Haß gegenüber den Imperialisten.

Am Abend wurden noch zwei Filme gezeigt. Der eine handelte von den palästinensischen Flüchtlingslagern Shatila, der andere von den Erfahrungen eines Kriegskorrespondenten in Vietnam. Am Sonntag wurden drei Arbeitsgruppen angeboten: zum Vietnam-Krieg, zum Israel/Palästina-Konflikt und dem islamischen Fundamentalismus und zu den Rüstungsexporten und der „Dritte-Welt“-Ausbeutung.

In der Israel/Palästina-Gruppe beschäftigten wir uns besonders mit der Intifada. Sie formierte sich im Dezember 1987 als massenhafter Widerstand gegen die israelische Besatzung. Die ganze Bewegung wird meiner Ansicht nach treffend durch die Antwort eines Palästinensers charakterisiert. Er sagte zu der Frage, warum sie mit Steinen werfen, folgendes: „Steine haben eine symbolische Bedeutung in unserem Land. Wir können nicht mit Rosen auf die Soldaten werfen.“ Abschließend ist zu sagen, daß die Stimmung sehr gut und das Seminar für alle eine politische Bereicherung war. Einige der Teilnehmer sind mittlerweile SPD-Mitglieder geworden.

Florian Claus, Kassel, Jungsozialist

Pfingstcamp der IGM-Jugend

## Neuer Schwung für die Jugendarbeit

Rund 5000 Teilnehmer erwartet die IG Metall-Jugend bei ihrem Pfingstcamp, das vom 17.-20. Mai in Bielefeld stattfindet. Vier Tage lang wird ein bunt gemischtes Programm aus Kultur, Sport und Politik angeboten, prominente Gruppen wie Billy Bragg, Wolf Mahn, Brings, u.a. treten auf.

In den zahlreichen „Workshops“ sollten auch die Probleme gewerkschaftlicher Jugendarbeit zur Sprache kommen. Seit Jahren ist die Zahl der Aktiven in der Gewerkschaftsjugend rückläufig. Während in der Metallbranche der Anteil der Jugendlichen 24% beträgt, liegt der gewerkschaftliche Orga-

niationsgrad im Jugendbereich bei nur 16% – der niedrigste Stand seit Jahren.

Es gibt z.Zt. viele unbesetzte Lehrstellen – wengleich sicherlich nicht in den attraktiven Berufen. Viele Jugendliche sehen daher wieder eine gewisse berufliche Perspektive und spüren weniger die Notwendigkeit, sich gewerkschaftlich zu organisieren und aktivieren. Doch der Konkurrenzkampf um Ausbildungsplätze könnte schnell wieder zunehmen, weil in den fünf neuen Ländern massenhaft Lehrstellen vernichtet werden und viele Jugendliche sich in Westdeutschland nach einem Ausbildungsplatz umsehen werden.

Ein weiteres Problem ist aber auch „hausgemacht“ und liegt in den schwerfälligen Strukturen gewerkschaftlicher Jugendarbeit selbst. Bürokratische Bevormundung und Gängelung haben in der Vergangenheit nicht wenigen die gewerkschaftliche Jugendarbeit verleidet. Eine Belebung der Aktivitäten muß daher mit einer Demokratisierung gewerkschaftlicher Jugendarbeit einhergehen.

Das Pfingstcamp bietet eine gute Gelegenheit, neuen Schwung in die Jugendarbeit zu bringen.

Anmeldungen über jede örtliche IGM-Verwaltungsstelle.



## Buchbesprechung

Lenin, „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“, Dietz-Verlag, 176 Seiten, 4,80 DM, über die Redaktion erhältlich.

Mit dieser Schrift setzt Lenin die von Marx im „Kapital“ begonnene Untersuchung des Kapitalismus auf dialektisch-materialistische Weise fort und erläutert die wirtschaftlichen und politischen Entwicklungen in der imperialistischen Phase. Grundthese ist die Erkenntnis, daß die freie Konkurrenz in der Wirtschaft durch Monopolbildung abgelöst wurde.

Die Monopolisierung der Weltwirtschaft ist das Ergebnis der immer stärkeren Zusammenballung von Kapital im Zuge des Konkurrenzkampfes. Insbesondere die Verschmelzung von Bank- und Industriekapital führte zur Bildung einer Finanzoligarchie innerhalb der Kapitalistenklasse. In dieser Epoche, in der die Welt unter den Großmächten und deren Kapitalistenverbänden aufgeteilt wird, gewinnt auch der Kapitalexpert an Bedeutung.

Mit einem durch verstärkte Ausbeutung in den Kolonien bzw. heute in den „Entwicklungsländern“ ge-

wonnenen Extraprofit ist es zugleich möglich, Teilen der Arbeiterschaft in den Industrienationen materielle Zugeständnisse zu machen und sie so in das kapitalistische System einzubinden. Diese von Lenin als „Arbeiteraristokratie“ bezeichnete Schicht bildete auch die Basis für eine Abkehr der Führung von Gewerkschaften und Arbeiterparteien vom Marxismus, für reformistische Politik im Rahmen des Systems.

Der Imperialismus ist das letzte Stadium des Kapitalismus in dem Sinn, daß sich hier alle Widersprüche und Probleme des Systems auf höchster Stufe verstärken. Damit widerspricht Lenin auch der damals von Kautsky, und heute von den Autonomen und der RAF, vertretenen Auffassung, im Imperialismus würden sich alle Industrienationen zu einem imperialistischen Kartell zusammenschließen. Zwar können diese Staaten zeitweilig zusammenarbeiten, doch die Konkurrenz der Monopole und imperialistischen Nationen

bleibt weiterhin bestehen. Und da dem Imperialismus ein wirtschaftlicher und oftmals militärischer Expansionsdrang zueigen ist, wird sich diese Konkurrenz auch immer wieder in Kriegen äußern.

In diesem Stadium der geschichtlichen Entwicklung sieht Lenin die Voraussetzungen für den Sturz des Kapitalismus durch die Arbeiterklasse und den Aufbau des Sozialismus als gegeben an. Fazit: Dieses Buch ist für jeden wichtig, der die politischen und wirtschaftlichen Ereignisse unserer Zeit besser verstehen will. Wer es gelesen hat, wird auch die Hintergründe des Golfkrieges klarer erkennen.

Nick Brauns, München  
Jungsozialist



## Kampagne gegen Grundgesetzänderung

# Etappensieg der SPD-Basis

Trotz großem Medienwirbel der Kohlregierung für mehr „nationale Verantwortung“ durch Entsendung deutscher Truppen in alle Welt und Unterstützung aus den Reihen der SPD-Spitze ist das Vorhaben der Parteivorstands, Blauhelm-Einsätze der Bundeswehr zu ermöglichen, auf heftigen Widerstand an der SPD-Basis gestoßen. Diese Frage wird eine der umstrittensten beim Parteitag in Bremen Ende Mai sein. Von den 88 dazu vorliegenden Anträgen sprechen sich 66 (!) gegen jede Grundgesetzänderung aus.

Mit so viel Widerstand gegen ihre Pläne hatte die Parteiführung wohl kaum gerechnet. Die Debatten in den Ortsvereinen und Unterbezirken liefen zum Teil sehr kontrovers und stark polarisiert. VORAN-Unterstützer, andere Jungsozialisten und Alt-Linke mußten sich sowohl mit Geschäftsordnungstricks als auch mit dem Gesinnungswandel früherer Linker herumschlagen (siehe Berichte unten). Während an der Basis noch gestritten wurde, ob „keine Grundgesetzänderung“ oder „Blauhelm-Aktionen“, ging es an der Parteispitze schon um mehr.

Egon Bahr, Direktor des Hamburger Instituts für Friedensforschung (!), forderte die generelle Teilnahme Deutschlands an der Aufstellung von UNO-Streitkräften. Der desorientierte SPD-Vorsitzende Engholm orakelte bis zum Abzug der sowjetischen Truppen solle es „vorläufig“ bei Friedensmissionen bleiben. Was sich danach warum für ihn ändert, hat er uns nicht wissen lassen.

Ingrid Matthäus-Maier, stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende, kritisierte den Vorstandsbeschluss als nicht ausreichend. Sie verstieg sich sogar zu der Behauptung, Blauhelm-Aktionen würden „den internationalistischen Traditionen der Sozialdemokratie“ noch nicht gerecht. Die frühere FDP-Abgeordnete, die nach der Wende 1982 zur SPD übertrat, hat wohl noch keine

sees“ heißt es: „Solange die Vereinten Nationen nicht durch eine grundlegende Reform zu einem kollektiven System gemeinsamer Sicherheit geworden sind, gibt es keine Notwendigkeit für eine deutsche Beteiligung an UN-Friedenstruppen.“ Abgesehen davon, wie realistisch diese Forderung ist (Wie kann die UNO ein Friedensinstrument werden, so lange viele der Mitgliedstaaten halbe oder ganze Diktaturen sind?): Was geschieht, wenn die Kohlregierung ein Engagement für eine Reform der UNO in Aussicht stellt? Dürfen die SPD-Abgeordneten dann seinen militaristischen Plänen erleichtert zustimmen oder nicht?

Wir müssen den Druck auf die Delegierten weiter aufrechterhalten. Zu viele angebliche Linke sind in dieser Frage schon „umgefallen“. Und der Versuch wurde schon angekündigt, kurz vor dem Parteitag noch einen Kompromiß zu finden. Aber hier darf es keinen Kompromiß geben: Nein zur jeder Grundgesetzänderung!

### Berichte von der Basis

#### Bremerhaven

Der Juso-Unterbezirk verabschiedete sowohl einen Antrag gegen eine GG-Änderung als auch die Durchführung verschiedener Aktionen, einschließlich

Dies stieß auf den entschiedenen Widerstand von Jusos und vielen Delegierten. Ein Vertreter der Jusos machte deutlich, daß die UNO lediglich ein Instrument der westlichen Industrienationen zur Durchsetzung ihrer imperialistischen Interessen ist. Bevor es zur Überweisung des umstrittenen Antrags an den Unterbezirksausschuß kam, setzte ein Juso durch, daß der Parteitag über den entscheidenden Kernpunkt abstimmen sollte. Bei dieser Abstimmung sprach sich der Parteitag dann gegen Blauhelm-Einsätze der Bundeswehr aus.

#### Köln

Der Kölner Jusos sprachen sich geschlossen gegen jede GG-Änderung aus, konnte jedoch diese Position auf dem Kölner SPD-Parteitag nicht durchsetzen, obwohl die SPD-Linke eine satte Delegierten-Mehrheit hatte. Eine Reihe angeblicher Linker entdeckten nun auch die „gewachsene Verantwortung Deutschlands“ und stimmten einem entsprechenden Gegenantrag zu, der dadurch die Mehrheit fand.

Während der Ortsverein Köln-Kalk fast einstimmig einen Juso-Antrag annahm, gab es im Ortsverein Köln-Stülz, wo gleich zwei Referenten für GG-Änderung auftraten, zwei Abstimmungen über einen von Jusos eingebrachten Antrag. Die erste ergab 17:15 für den Antrag, die zweite 16:16, worauf der Vorsitzende die Versammlung umgehend schloß.

#### Aachen

Der Juso-Unterbezirk Aachen bekräftigte seine Position gegen jede Ausweitung von Militäreinsätzen und führt eine öffentliche Veranstaltung zum

Thema durch, die auch von drei Aachener Ortsvereinen unterstützt wird. Der Ortsverein Aachen-Eilendorf brachte einen entsprechenden Antrag gegen GG-Änderung beim SPD-Unterbezirksparteitag ein.

Der SPD-Vorstand legte einen Gegenantrag vor, der Blauhelm-Einsätze bei einer Reform der UNO erlauben wollte. Das Präsidium rief die Anträge erst am Ende des Parteitages auf und provozierte eine erregte Geschäftsordnungsdebatte. Trotz zweimaliger Aufforderung lehnte es die alternative Abstimmung der Anträge ab und ließ sie einzeln abstimmen. Beide Anträge erhielten mehr Nein- als Ja-Stimmen. Die Versammlung löste sich dann ohne gültigen Beschluss im allgemeinen Chaos auf.

#### Stuttgart

Der Juso-Kreisverband sprach sich einstimmig gegen eine GG-Änderung und Blauhelm-Einsätze aus, der zweitgrößte Stuttgarter Ortsverein West mit

nur einer Gegenstimme und einer Enthaltung. Die Jusos führen auf Kreis- und AG-Ebene Aktionen und Veranstaltungen zum Thema durch.

Beim Stuttgarter SPD-Parteitag wurde der Juso-Antrag eingebracht, der mit 53:44 eine Mehrheit fand. Mittlerweile hat sich der Stuttgarter Parteivorstand überlegt, daß man den verabschiedeten Antrag noch „präzisieren“ müsse und wird eine erneute Beschlüßfassung beim nächsten Parteitag durchführen lassen. Der neue Vorstandsantrag spricht sich zwar auch gegen eine GG-Änderung aus, geht aber ausdrücklich davon aus, daß dies für Blauhelm-Einsätze nicht nötig sei.

Juso- und SPD-Unterbezirk in Nürnberg, der Ortsverein Fürth, der Ortsverein Remscheid-Lüttringhausen-Mitte verabschiedeten mit großer Mehrheit Anträge gegen jede GG-Änderung.

(Stand Redaktionsschluß 20.4.91)



## Studenten in den neuen Ländern

# „Die meisten werden jetzt jobben müssen“

VORAN-Interview mit Anke aus Ostberlin, die gerade ihr Studium beendet hat, arbeitslos ist und von Sozialhilfe lebt.

Wie war die soziale Lage der Studenten früher in der DDR?

Früher bekamen Studenten ein Stipendium von 200 Mark, in Ostberlin von 210 Mark, plus Leistungszusatz zwischen 60 und 150 Mark.

Wie hoch waren etwa die Ausgaben?

Die Miete im Studentenwohnheim betrug 10 Mark im Monat, und zwar einschließlich Energie, Warmwasser und Heizung. Eine Mahlzeit in der Mensa gab es für 60 bis 80 Pfennige, und auch sonst waren die Preise ja niedrig. Zum Beispiel kostete 1 kg Brot 80 Pfennig. Eine Kincarte gab es für 1,50 bis 2,50 Mark, eine Konzertkarte für 5 bis 10 Mark. Zeitungen und Bücher waren auch sehr billig, die Tageszeitung kostete zwischen 10 und 15 Pfennige.

Daneben hatten Studenten viele Vergünstigungen. Zum Beispiel die mit Kindern erhaltenen Geld für den Krippen- oder Kindergartenplatz. Die Eintritts- und Getränkepreise in den Studentenklubs waren niedrig. Es gab eine Studentenpauschale für Fahrten mit der Reichsbahn von 50% Ermäßigung auf allen Strecken, für die Strecke zwischen Wohnort und Studienort sogar von 75%. Ich habe für die Fahrt zu meinen Eltern nach Rostock, das sind etwa 200 km, genau 7,40 Mark bezahlt.

Sehr günstig waren auch die Urlaubsmöglichkeiten über Studenten-

austausch, oder auch verbunden mit Arbeitseinsätzen im Ausland.

Allgemein kann man sagen, daß man früher zwar nicht sehr üppig leben konnte, aber trotzdem sein Auskommen hatte. Wichtig war, daß jeder ein Stipendium bekam und damit die relative Unabhängigkeit von den Eltern gesichert war.

Was hat sich für Studenten heute geändert?

Heute gibt es Bafög, was die meisten Studenten einkommen wegen dem niedrigen Einkommen der Eltern. In den Familien ist ja heute oft einer arbeitslos. Bafög gibts ungefähr 400 Mark im Monat. Aber inzwischen ist ja alles teurer geworden. Die Mieten im Studentenwohnheim sind auf 50 Mark angestiegen, aber die Wohnbedingungen sind dieselben: immer noch 2-4 Bettzimmer. Die Wohnheimplätze werden immer knapper, weil die Studentenzahlen gestiegen sind. Viele Studenten suchen eine eigene Wohnung, wo die Mieten auch ab Sommer stark ansteigen werden.

Das Mensaessen kostet jetzt rund 2 Mark, und alle anderen Sachen von Lebensmitteln über Fahrpreise bis Kino, Theater, Zeitungen sind auch teurer geworden. Die meisten Studenten schätzen ihre Lage so ein, daß sie große finanzielle Schwierigkeiten haben werden, und ihr Studium wahrscheinlich auch länger dauern wird, weil sie nebenbei auch noch jobben müssen.

Wie sind heute eure beruflichen Per-

spektiven?

Am schlimmsten ist, daß ein Teil der Studenten ihren Abschluß nicht anerkannt bekommen bzw. damit nichts anfangen können, wie z.B. Wirtschaftsstudenten, einige Geisteswissenschaftler, teilweise auch Pädagogikstudenten.

Früher wurde jedem Studenten nach seinem Abschluß ein Arbeitsplatz vermittelt, jeder bekam sofort einen Job. Heute werden viele erstmal arbeitslos. Aus meinem Studienjahr - technisches Studium - haben die wenigsten eine Arbeit bekommen. Und wenn, dann auch nur in Westdeutschland. Ein größerer Teil nimmt deshalb erstmal auch eine Arbeit an, die kaum der Qualifikation entspricht. Besonders hart trifft es die Frauen, die oftmals trotz besserer Studienleistungen bei der Arbeitssuche benachteiligt werden.

Diejenigen, die keinen Job bekommen, erhalten nur Sozialhilfe. Bei mir sind es 490 DM einschließlich Miete und Energiekosten. Da man als Student kaum die Möglichkeit hatte, etwas zu sparen, ist es nicht einfach, damit auszukommen.

Neben der sozialen Verschlechterung finde ich heute auch schlimm, daß man wie ein Versager und unmündiger Bürger behandelt wird, auch wenn man gerade das Diplom gemacht hat.



Viele Jusos und SPD-Mitglieder beteiligten sich an den Demonstrationen gegen den Golfkrieg. Jetzt sollen sie ihre Zustimmung zu weltweiten Bundeswehr-Einsätzen geben?

Zeit gefunden, sich mit den Traditionen der Arbeiterbewegung vertraut zu machen; schließlich hatte sie ja durchgehend ein Abgeordneten-Mandat auszufüllen. Andernfalls würde sie wissen, daß Zustimmung zu weltweiter Kriegsführung nicht zu den internationalistischen Traditionen, sondern gerade zum nationalistischen Sündenfall der SPD von 1914 gehört.

Diese Vorstöße einiger Spitzengonossen sind vermutlich nicht zufällig. Schließlich wird Kohl im Bundestag ja nicht eine Vorlage zur Grundgesetzänderung einbringen, die Bundeswehrein-sätze nur auf Blauhelm-Missionen beschränkt. Es gibt viele denkbare Ansätze, in den Parteitagsbeschlüssen eine gewisse Öffnungsklausel für die Abgeordneten einzubauen. So könnte die Frage der Bundeswehr-Beteiligung z.B. mit der Forderung nach „Reformierung der UNO“ verbunden werden. Sogar im Antrag des linken „Frankfurter Krei-

einer Veranstaltung. Der Ortsverein Alt-Lehe führt in Zusammenarbeit der Juso-AG eine öffentliche Diskussionsveranstaltung zum Thema durch.

Auf dem Unterbezirksparteitag der Partei brachten linke Delegierte eine Dringlichkeitsresolution ein, die das Präsidium zunächst nicht behandeln wollte. Die Beratung wurde per Mehrheitsbeschluss durchgesetzt. Bei der Abstimmung über den Antrag stellte das Präsidium ohne Auszählung eine Mehrheit dagegen fest, ignorierte Zurufe nach „Auszählen“ und sorgte dann für sofortigen hektischen Abbruch der Konferenz.

#### Kassel

Auch die Kasseler Jusos engagierten sich mit öffentlichen Stellungnahmen gegen die GG-Änderung. Auf dem SPD-Unterbezirksparteitag lag ein Leit-antrag des Vorstands vor, in dem Blauhelmeinsätzen zugestimmt wurde.

... mach' mit bei den Jusos!



## SPD und Militärpolitik

### Kampf gegen Militarismus und Imperialismus

# Das Erbe von Karl Liebknecht aufgreifen

Auf dem Bremer SPD-Parteitag 1904 sagte Karl Liebknecht: „Und Genossen, wie sollen wir die ganze Welt erobern, wenn wir nicht einmal imstande sind, unsere wenigen Grundrechte, die wir schon haben, zu verteidigen und unsere jetzigen Positionen zu halten?“ Das könnte man auch den Delegierten des diesjährigen Bremer Parteitages zurufen. Stück für Stück hat die SPD-Führung in den vergangenen Jahrzehnten ihre antimilitaristischen Positionen aufgegeben.

Nach anfänglichem Widerstand arrangierte sie sich mit der Wiederbewaffnung Deutschlands nach dem 2. Weltkrieg. Unter der Schmidt-Regierung nahmen deutsche Rüstungsexporte in alle Welt großen Aufschwung. Während des Golfkriegs unterstützten viele SPD-Prominente die Politik der Alliierten. Die Parteiführung insgesamt organisierte keinen ernsthaften Widerstand gegen die Kriegstreiberpolitik von Bush und Kohl. Und jetzt soll auch noch der Beschluß des Münsteraner Parteitages von 1988 gekippt werden, der eine Ausweitung des Einsatzgebietes der Bundeswehr auch unter UNO-Flagge strikt ablehnt.

#### Grundlehren

„Mit dem Buchstabieren der sozialistischen Grundlehren muß heute, in der Zeit burgfriedlichen Wahns, neu begonnen werden“, sagte Liebknecht im Mai 1915. Auch heute müssen wir dem Burgfrieden mit der Kohl-Regierung die Grundlehren antimilitaristischer und sozialistischer Politik entgegenstellen, wie sie Liebknecht verkörperte.

Der Kampf gegen Militarismus und Krieg war von Anfang an fester Bestandteil des Befreiungskampfes der deutschen Arbeiterbewegung. Das Militär als Vollstrecker der imperialistischen Interessen des Kapitalismus wurde eine immer größere Bedrohung für die Arbeiterklasse - national und international. Je mehr die Arbeiterklasse sich organisierte und gegen Ausbeutung und Unterdrückung kämpfte, desto mehr baute die herrschende Klasse, die Kapitalisten und Großgrundbesitzer, auf Ausbau des Militärapparats und Militarisierung der Gesellschaft.

Außenpolitisch ging es seit Ende des 19. Jahrhunderts darum, Kolonien zu erobern, zu halten und gegen die kapitalistischen Konkurrenzstaaten Kriege zu führen. Die Forderung nach Abschaffung des stehenden Heeres und die Einführung der Volksbewaffnung war jahrzehntelang eine der wichtigsten in den Grundsatzprogrammen der SPD.

Karl Liebknecht wurde der Kampf gegen Krieg und Militarismus gewissermaßen in die Wiege gelegt. Als er am 13.8.1871 geboren wurde, stand sein Vater Wilhelm Liebknecht zusammen mit August Bebel wegen seiner oppositionellen Haltung im deutsch-französischen Krieg unter der Anklage des Hochverrats.

#### Symbolfigur

Bereits im Jahr 1900 prangerte Karl Liebknecht öffentlich die Raubpolitik der deutschen Imperialisten in China an. Auf dem Bremer Parteitag 1904 setzte er sich für eine besondere antimilitaristische Jugendarbeit ein. Seine Parole hieß: „Wer die Jugend hat, hat die Armee.“ Für ihn war klar, daß die Armee nur so lange im Interesse der Kapitalisten eingesetzt werden kann, wie die Soldaten die Propaganda und Heuchelei der Armeeführung glauben, wie sie den Klassengegensatz in Gesell-

schaft und Armee nicht durchschauen, wie sie nicht wissen, wie sie sich wehren können. Antimilitaristische Erziehung sollte die Jugend gegen ideologischen und disziplinarischen Kasernendruck wappnen. Es sollte verhindert werden, daß sich Soldaten als Lohndrucker, Streikbrecher oder Einsatzgruppen gegen politische Demonstrationen mißbrauchen lassen.

Liebknechts Ziel war der Aufbau einer einheitlichen revolutionären Bewe-

Die SPD-Rechten schloßen ihren Burgfrieden mit der Regierung. Als die Regierung im August von der SPD die Zustimmung zu den Kriegskrediten verlangte, waren bei der Debatte in der Fraktion nur 14 dagegen. Liebknecht glaubte damals an eine vorübergehende Verwirrung bei der Mehrheit der Fraktion. Er ging davon aus, daß der eindeutig imperialistische Charakter des Krieges rasch zu einer kriegsgegnerrischen Haltung führen würde. Deswegen und aus Parteidisziplin stimmte er bei der Abstimmung im Reichstag entsprechend der Mehrheitsentscheidung in der Fraktion für die ersten Kriegskredite.

Entgegen Liebknechts Erwartungen zeigte sich aber im weiteren Verlauf des Krieges, daß die Mehrheit der SPD-Führung nicht mehr die Interessen der Arbeiterklasse vertrat, sondern sich auf

die Seite der herrschenden Klasse geschlagen hatte. Als Liebknecht am 2. Dezember 1914 als einziger Reichstagsabgeordneter gegen die zweiten Kriegskredite stimmte, wurde er für die bewußtesten Schichten der Arbeiterbewegung endgültig zum Symbol der Kriegsgegner der Welt. Die Kriegstreiber auf der anderen Seite eröffneten gegen ihn ein Trommelfeuer von Beschimpfung und Hetze.

Von der Tribüne des Parlaments aus griff er die Kriegskredite als Volksbetrug und Kriegsgeschäfte des Großkapitals an. Die parlamentarischen Vertreter von Krupp, Stinnes und Thyssen drangen im Reichstag mit erhobenen Fäusten auf Liebknecht ein, entrissen ihm seine Aufzeichnungen, warfen sie zu Boden. Die Militärzensur verhinderte, daß seine Landtags- und Reichstagsreden der breiten Masse bekannt wur-

den. Seine bekannteste Parole wurde „Der Hauptfeind steht im eigenen Land.“

Seit dem Frühjahr 1915 waren Liebknecht und die zu ihm haltenden Genossen dazu übergegangen Demonstrationen gegen den Krieg zu organisieren. Verfolgung, Schutzhaft und Zuchthausstrafen wurden in Kauf genommen.

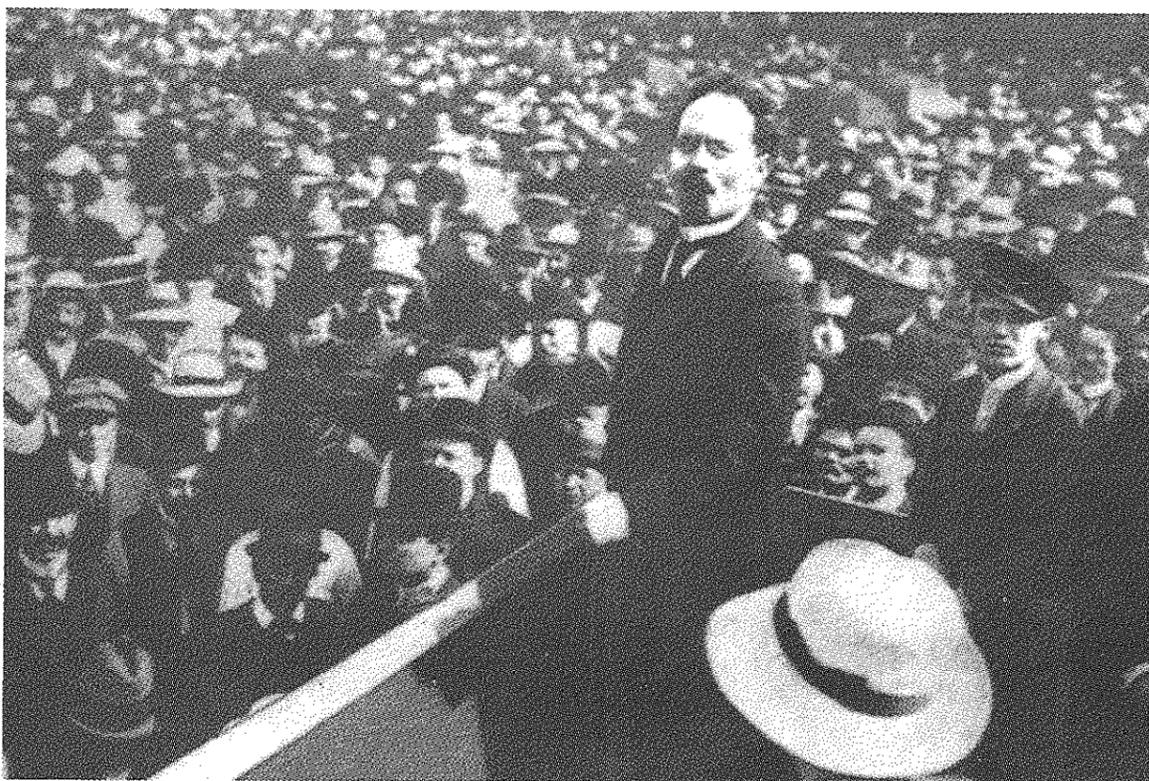
#### Soldatenräte

1917 kam es wegen der Kriegsmüdigkeit und unter dem Eindruck der russischen Revolution zu Massenstreiks gegen den Krieg und im August 1917 zu Unruhen unter deutschen Matrosen. Mit einer Meuterei der Matrosen in Kiel im November 1918 begann auch die deutsche Revolution. Sie befreite Karl Liebknecht am 23. Oktober aus dem Zuchthaus Luckau. Als er in Berlin eintraf, wurde er von 20.000 Arbeitern und Soldaten stürmisch begrüßt. Er setzte seine ganze Kraft für den Erfolg der Novemberrevolution ein, für den Aufbau einer Räterepublik. Am 9. November, dem Tag des bewaffneten Aufstands in Berlin, verkündete er vom Balkon des Königlichen Schloßes die „freie sozialistische Republik“. In dieser Räterepublik sollte kein Platz für eine imperialistische Armee mehr sein. Die reaktionären Offizierskorps sollten entwaffnet, den Arbeiter- und Soldatenräten die Kommandogewalt über die bewaffneten Einheiten übertragen werden. Anstelle des stehenden Heeres und Berufspolizei sollten demokratische Milizen im Interesse der Arbeiterklasse entstehen. Das war die revolutionäre Antwort Liebknechts auf Weltkrieg, Militär- und Polizeidiktatur.

„Karl Liebknecht war in diesen Tagen ein großer Name - vielleicht der größte Name in Deutschland. Jeder wußte von ihm, und keinem war er gleichgültig: Er erregte heißeste Liebe und glühendsten Haß.“ (Sebastian Haffner in „1918/19 - Eine deutsche Revolution“)

Wir müssen dafür kämpfen, daß die antimilitaristischen Positionen Karl Liebknechts wieder zur Richtschnur der SPD werden.

Ursel Beck, Stuttgart  
SPD-Mitglied



Liebknecht auf einer Massenkundgebung in Berlin. Antimilitarismus war fester Bestandteil des Befreiungskampfes der Arbeiterbewegung.

gung von Arbeitern und Soldaten. Individuelles Desertieren oder Kriegsdienstverweigerung wurden von Liebknecht nicht als Strategie gegen Krieg und Militärpolitik betrachtet. Allerdings nutzte er sein Ansehen als Reichstagsabgeordneter und Symbolfigur der Antikriegsbewegung dazu, während seines Kriegsdienstes an der West- und Ostfront individuell Befehle zu verweigern, insbesondere den Dienst an der Waffe und Schießbefehle. Dadurch und durch seine Agitation unter den Soldaten verschaffte er sich bereits 1915 enorme Popularität unter den Frontsoldaten.

#### Kriegskredite

Der Ausbruch des ersten Weltkriegs traf die organisierte Arbeiterbewegung hart. Trotz der Beschlüsse der internationalen Sozialistenkongresse von 1907, 1910 und 1912, wonach bei Ausbruch des imperialistischen Krieges dieser in einen Bürgerkrieg gegen die Kriegstreiber verwandelt werden sollte, gab es keine Strategie. Die Regierung verkaufte den Krieg als Verteidigungskrieg gegen den Zarismus und stürzte das Volk in einen chauvinistischen Taumel.

## SPD braucht sozialistisches Programm

- Steuerreform mit dem Ziel der Abschaffung aller indirekten Steuern auf den Massenverbrauch und Steuerprivilegien für die Reichen; einfaches Steuersystem mit direkter, einkommensbezogener Besteuerung bei starker Progression (d.h. höhere Belastung der Großverdiener).
- Ein massives staatliches Programm zur Förderung des sozialen Wohnungsbaus, des öffentlichen Personennahverkehrs bei Nulltarif, des Bildungs- und Gesundheitswesens, von Umweltschutzmaßnahmen.
- Arbeit für alle. Sofortige Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich als Einstieg in weitere Arbeitszeitverkürzung.
- Statt Alu und Sozialhilfe im Westen und Billiglöhne im Osten: Garantiertes Mindesteinkommen (einschl. Renten) von 1500 DM netto für alle ab 18 Jahre.
- Ersatzlose Streichung des §218;

Kostenlose Familienplanung; hundertprozentige qualifizierte Versorgung mit staatlichen Kinderbetreuungseinrichtungen für alle Kinder zum Nulltarif.

• Volles Wahlrecht auf allen Ebenen für alle in Deutschland lebenden Menschen ab 16 Jahren. Hände weg vom Asylrecht.

• Sofortiger Ausstieg aus der Kernenergie verbunden mit Lohnfortzahlung bzw. garantierten Ersatzarbeitsplätzen für die Beschäftigten.

• Keine Privatisierung staatlicher Betriebe in Ost und West, Verstaatlichung der 200 größten Konzerne, Banken und Versicherungen im Westen; Demokratische Verwaltung der staatlichen Betriebe durch gewählte und jederzeit abwählbare Vertreter (z.B. 1/3 Vertreter von Belegschaft, Gewerkschaft und Staate), die nicht mehr verdienen dürfen als einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn.

• Statt kapitalistischer Verschwendung und bürokratischer Mißwirtschaft: für einen demokratisch aufgestellten Produktionsplan, entsprechend den Bedürfnissen der Bevölkerung und der Umwelt.

• Keine Unterordnung der SPD-regierten Städte, Landkreise und Länder unter die Zwänge der von der Bundesregierung vorgegebenen Spar- und Steuerpolitik. Stattdessen gemeinsamer Widerstand mit den Gewerkschaften gegen Kohl und Kapital.

• Die SPD muß die arbeitende Bevölkerung für ein solches Programm mobilisieren.

• Ein sozialistisches Deutschland wäre ein erster Schritt zu den Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa und einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung im Interesse der Ausgebeuteten und Unterdrückten.

# SPD-Parteitag

## Schluß mit der Anbiederung an Kohl Radikaler Kurswechsel nötig

Die schnelle Einführung der Wirtschafts- und Währungsunion sowie der hektische staatliche Anschluß der (Ex-)DDR haben die politische Landschaft in Deutschland dramatisch verändert. Grundsatzentscheidungen von großer Tragweite werden in den letzten 18 Monaten von der SPD gefordert. Wie sie ausfallen, wurde allein in den oberen Parteietagen und in der Fraktion ausgetragen.

Die Basis wurde zum - manchmal ungläubig staunenden - Zuschauer degradiert. Beim Vereinigungsparteitag im letzten September war dann alles schon gelaufen.

Die Rolle der SPD-Führung war ganz entscheidend beim Prozeß der Wiederherstellung des Kapitalismus in der Ex-DDR. Mit klarer sozialistischer Oppositionspolitik wären die Entwicklungen anders verlaufen, und zwar wesentlich günstiger für die Masse der arbeitenden Bevölkerung. Die meisten Menschen in den fünf neuen Ländern steht jetzt vor einem Scherbenhaufen: Betriebsschließungen, Massenarbeitslosigkeit, Sozialabbau, unbeschränkte Herrschaft des Kapitals und niedrigerer Lebensstandard als im Westen. Das ist nicht allein auf das Erbe der SED-Herrschaft zurückzuführen, sondern ganz wesentlich Folge der Anschließpolitik von Kohl und Kapital, der sich die SPD-Führung unterordnete. Darüber sollten sich alle Delegierten und Mitglieder Rechenschaft ablegen und die Konsequenzen ziehen.

Im Grund hat die Parteiführung in der Deutschlandpolitik einen ganz merkwürdigen Schwenk vollzogen: von einem falschen Extrem ins andere. Gegen die frühere Politik der Entspannung und der menschlichen Erleichterungen war natürlich nichts einzuwenden. Wohl aber z.B. gegen das SPD/SED-Papier, das nicht von Regierung zu Regierung über konkrete Verbesserungen, sondern von Partei zu Partei ausgehandelt wurde - als ob die SED eine wirkliche Partei gewesen wäre und nicht die Organisation der korrupten Bürokratie. Nach der Wende in der DDR kam dann der Schwenk zum Vaterländischen. Karsten Voigt unterstützte im November 89 im wesentlichen den Zehn-Punkte-Plan Kohls und kannte nur noch Deutsche. Willy Brandt sah alles zusammenwachsen. Hatte man früher keine Berührungs-

ängste mit Honecker und Co., so wurden jetzt Gysi und die PDS geradezu als Hauptfeinde bekämpft. In Berlin opfer-te die Führung um Momper dafür sogar die Chance, die linke Mehrheit im Parlament umzusetzen, und bevorzugt eine Große Koalition, deren Politik die Berliner Bürger auszubaden haben.

### Keine Alternativen

Kurz vor Verabschiedung des ersten Staatsvertrags gab es zwar von Teilen der Parteiführung um Oskar Lafontaine Bedenken, allerdings ohne prinzipiell andere Standpunkte zu vertreten. Man wollte nur einen anderen und langsameren Gang, aber zum selben Ziel. Wenn man die Marktwirtschaft für die beste aller denkbaren Welten hält, dann bleibt letzteres nur noch übrig, sie etwas sozialer gestalten zu wollen als Union und FDP. Daher kamen die Lafountainisten zu einem so merkwürdigen Eiertanz, den Staatsvertrag im Bundestags abzulehnen, aber die Bundesratsmehrheit nicht nutzen zu wollen.

Lafontaine und andere (z.B. auch Bundesbankpräsident und SPD-Mitglied Pöhl) behielten zwar Recht mit ihren Warnungen, daß die schnelle Währungsunion ein wirtschaftliches Abenteuer sei. Doch sie hatten keine Alternativen anzubieten. Zu allem Überflus-

kommt die Schnapsidee der schnellen Währungsunion auch noch aus den Reihen der SPD selbst. Ingrid Matthäus-Maier brachte sie schon im Januar 1990 vor; die Kohlregierung griff sie umgehend auf. Wenn Pöhl jetzt wieder seine alten Warnungen vor der Währungsunion in Erinnerung bringt, dann ist es ein starkes Stück, daß ausgerechnet Ingrid Matthäus-Maier ihn dafür in einem Interview mit der Begründung als „unglaublich“ bezeichnet, es habe keine Alternative gegeben, denn „die damalige ostdeutsche Regierung

Die Regierung kann sich vor lauter Angeboten zur Zusammenarbeit aus den Reihen der SPD-Spitze kaum retten. Einige Genossen aus Vorstand und Fraktion können sich anscheinend nichts Schöneres vorstellen, als mit Kohl am „runden Tisch“ zu palavern, sogar auch ohne das Linsengericht eines Ministerpostens. Dabei gerät die Interessenvertretung der Masse der arbeitenden Bevölkerung in Ost und West, auf die ungeheure Lasten zukommen, vollkommen unter die Räder. (Siehe dazu auch Kommentar Seite 2)



Während die SPD-Führung früher keine Berührungsängste mit der stalinistischen Bürokratie hatte, werden Gysi und die PDS heute geradezu als Hauptfeinde bekämpft. Mit der Kohlregierung will man dagegen zusammenarbeiten.

wollte diesen Beitritt schon am 17. Juni.“ (taz, 21.3.91) Doch Tatsache ist, daß im März bereits alles gelaufen war, als Kohl den DDR-Bürgern 5 Tage vor der Volkammerwahl einen Umtauschkurs von 1:1 versprach.

Ingrid Matthäus-Maier, Wolfgang Roth und andere zerbrachen sich den Kopf der Regierung, wie man den kapitalistischen Anschluß möglichst reibungslos bewältigen kann. Karl Schiller und Helmut Schmidt lobten gar die umsichtige und solide Deutschlandpolitik des Kanzlers und seines Finanzministers - und das mitten im Wahlkampf. Und Oskar Lafontaine bereitete die Wähler psychologisch auf Steuererhöhungen vor, worauf die Regierung dann nur noch zurückzugreifen brauchte (wenn sie dies auch noch sozial unausgewogener tat, als es die SPD mit Ergänzungsabgabe und Mineralölsteuererhöhung vorhatte).

Mittlerweile ist die Anbiederungs-Politik an Kohl noch weiter gegangen.

Die wirtschaftlichen und finanziellen Folgen, die die Einführung der Kapitalismus in der Ex-DDR nach sich gezogen hat, sollten den Marktwirtschafts-Propheten in der Partei zu denken geben. Wer sich auf die Logik des Kapitalismus einläßt, kommt in ihm um.

### Quittung vom Wähler

Die Quittung für diese Bilanz politischer Anbiederung an die Konservativen erhielt die SPD in Form einer katastrophalen Wahlniederlage bei den Bundestagswahlen im Dezember und eines erbärmlichen Zustands der Parteiorganisation in den fünf neuen Ländern. Wenn dieser Verfall nicht weitergehen soll, dann ist ab sofort ein radikaler Kurswechsel der Partei nötig. Insbesondere die Delegierten der Parteilinken müssen auf diesem Parteitag entscheiden für eine kämpferische, sozialistische Oppositionspolitik eintreten.

Angela Bankert, Köln  
Jungsozialist



Volk ohne Arbeit: Mit klarer sozialistischer Oppositionspolitik wären die Entwicklungen im Osten für die Masse der arbeitenden Bevölkerung wesentlich günstiger verlaufen.

## Engolm: Personifizierte Ratlosigkeit

Als Engholm zu seinem Entschluß, SPD-Vorsitzender zu werden und zu seinen zukünftigen Plänen befragt wurde, stellte er eine stärkere Zuwendung der SPD zur Intelligenz, zu den Dichtern und Philosophen in Aussicht. „Denn die“, so der Genosse, „spüren gesellschaftliche Veränderungen oft schneller“. Vielleicht nicht schneller, aber doch härter spüren diesen Wandel die Lohnabhängigen und ihre Familien. Diese Menschen stellen auch heute noch die größten Wählerschichten unserer Partei.

Engholm genießt als Vertreter der „Enkel“-Generation den Ruf eines halbwegs linken Kandidaten mit hoher moralischer Integrität. Doch auf welchen Weg wird er die Partei führen?

Seine Schlußfolgerungen aus den hohen Stimmenverlusten der SPD deuten eher auf eine weitere Anbiederung an die CDU hin. Er bietet den Unternehmern Zusammenarbeit an und will eine „moderne marktwirtschaftliche Orientierung“ formulieren, an der Helmut Schmidt und Daimler-Chef Edzart Reuter mitwirken sollen. Vorstellungen wie „Steuererleichterungen“ und „kräftige Investitionsanreize“ könnten ebenso gut von der FDP stammen.

Und was ist eigentlich während über zwei Jahren Regierungszeit in Schles-

wig-Holstein gelaufen? Zu Beginn gab es viele gute Absichten: Weg mit den AKWs, her mit den Gesamtschulen. Anschluß mit der Umweltschutz, der packen beim Umweltschutz. In der Atompolitik legte sich die Engholm-Regierung anfangs noch mit der Bundesregierung an. Das KKW Brunsbüttel wurde vom Netz genommen. Auf Anweisung des Bundesumweltministers Töpfer wurde es dann jedoch wieder angefahren.

### Politik in Schleswig-Holstein

Man verlagerte das Gefecht auf die Bänke (immer noch schwarz) der Justiz. Mittlerweile geht die Landesregierung davon aus, nicht - wie ver-

sprochen - bis 1998, sondern erst bis zum Jahr 2010 aus der Atomwirtschaft aussteigen zu können.

Ebenfalls mit großem Getöse wurden Gesamtschulprojekte gestartet. Die Kampagne schleppt sich nun dahin und wird bis zum Ende der Amtsperio-



Engholm: „Die wirkliche Macht im Land hat die Industrie.“ Wo bleiben die Konsequenzen aus dieser Erkenntnis?

de nicht viel weiter gekommen sein. Im Bereich Umweltpolitik wurden zwar Gelder für die Windkraft locker gemacht. Der DEA-Ölkonzern darf aber weiterhin in der Schutzzone 1 des Wattenmeers nach „schwarzem Gold“ suchen. Eigentlich herrscht dort ein gesetzliches Nutzungsverbot.

Auf einen Nenner gebracht: die Re-

gierung Engholm reformierte auf der untersten Ebene, legt sich aber nicht grundlegend mit den Geschäftemachern an. Da aber auch Reförmchen nun einmal Geld kosten, wurden Landesanteile an Unternehmen nacheinander verkauft. Doch wie will man auf Unternehmen im Sinne von Arbeitsplatzhalt und Umweltschutz einwirken, wenn man nicht einmal mehr Anteile besitzt?

Schon kurz nach seinem Amtsantritt erkannte Engholm: „Die wirkliche Macht im Lande habe nicht ich und meine Regierung, sondern die Industrie.“ Nur den Mut, daraus die Konsequenzen anzulegen, den hatte er bisher nicht. Der passionierte Pfeifenraucher Engholm ist so was wie die personifizierte Orientierungslosigkeit der Partei.

Die SPD aber braucht ein Programm und eine Politik im Interesse der Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung, wenn sie aus dem Tief kommen will. Mit einem Personenaustausch an der Spitze und einer technokratischen Parteireform allein ist es nicht getan.

Axel Matzky-Eilers, Husum  
Jungsozialist

## Internationales

### Jugoslawien

# Auf dem Weg ins Chaos

„Jugoslawien? – Welches Jugoslawien?“ fragte ein jugoslawischer Kollege, auf seine Heimat angesprochen. Tatsächlich hat für viele Jugoslawien schon aufgehört zu existieren. Wirtschaftlicher Verfall, bewaffneten nationale Auseinandersetzungen und völlige Perspektivlosigkeit prägen das Bild. Das einstige Modell des angeblich „selbstverwalteten“ Sozialismus ist zum Krisenherd in Europa geworden.

Das Land, das aus sechs Republiken und zwei (ehemals) autonomen Provinzen besteht und acht Hauptnationalitäten, über zwanzig weitere nationale Minderheiten und drei große Religionsgemeinschaften beherbergt, wurde 1941 von den Nazis überfallen.

Gegen die Besatzer formierte sich der Widerstand unter Führung von Titos Kommunistischer Partei. Partisanen-Einheiten wurden gegründet, in denen zeitweise bis zu 800.000 Männer und Frauen kämpften. Diese Partisanenarmee bestand aus allen Nationalitäten des Balkans und stützte sich vor allem auf Bauern, gewann aber auch die Unterstützung und Sympathie der Arbeiter.

Im Gegensatz zu allen anderen osteuropäischen Ländern (bis auf Albanien) wurde Jugoslawien nicht durch die sowjetische Rote Armee, sondern durch den jugoslawischen Widerstand selbst vom Faschismus befreit. Mit Kriegsende entstand in Jugoslawien ein Staat nach dem Vorbild der stalinistischen Sowjetunion, der jedoch durch den selbständig errungenen Sieg über die Nazis eine relative Unabhängigkeit von Moskau hatte. Antikapitalistische Maßnahmen wie die Enteignung von Großgrundbesitz und Kapital verschafften Tito eine Massenbasis im jugoslawischen Volk. Auf dieser Grundlage konnte er Vorstöße Moskaus zur Unter-

flochten. Diese teilweise Öffnung zum Weltmarkt, starke Dezentralisierung und marktwirtschaftliche Elemente (z.B. begrenzte Konkurrenz der Betriebe untereinander) brachten schon früh Problemen wie: verhältnismäßig hohe Arbeitslosigkeit und Inflation, Außenverschuldung im Westen, ungleichmäßige Entwicklung und starkes Nord-Süd-Gefälle. Die Tatsache aber, daß in Jugoslawien die Fesseln des Kapitalismus gesprengt wurden, führte trotz bürokratischer Mißwirtschaft zu einer relativ starken wirtschaftlichen Entwicklung des Landes, jedenfalls bis Ende der 70er Jahre.

#### Wirtschaftlicher Verfall

Seitdem sind Stagnation und sich beschleunigender ökonomischer Niedergang zu verzeichnen. Jugoslawien ist heute wirtschaftlich und politisch auf dem Weg ins Chaos. Die Arbeitslosigkeit beträgt 17%, die Staatsverschuldung 18 Mrd. Dollar. Nachdem die Inflation 1989 bei 2400% (!) lag, konnte sie 1990 durch drastische Maßnahmen auf dem Rücken der Bevölkerung auf 30% begrenzt werden. Mittlerweile ist sie aber schon wieder auf 120% gestiegen, während die Löhne fallen oder seit Monaten nicht mehr ausgezahlt werden. Die Produktion fiel 1990 um 18,2%, die Prognose für 1991 liegt bei -28%. Diese wirtschaftliche Katastrophe ist der Hin-

langt, der zuerst als Führer der KP und jetzt als Führer der neu gegründeten „Sozialistischen“ Partei eine nationalistische Politik verfolgt. Den Kosovo-Konflikt nutzte er geschickt, um sich eine Basis in Serbien zu verschaffen. Der Kosovo, das Armenhaus Jugoslawiens, war eine autonome Provinz innerhalb Serbiens, die zu 90% von Albanern bewohnt wird. Seit 1988 behauptet Milosevic, es gebe Ausschreitungen gegen die serbische Minderheit im Kosovo. Serbisches Militär marschierte ein und unterdrückte brutal alle Proteste der Albaner. Die Autonomie des Kosovo wurde aufgehoben und die direkte Herrschaft Serbiens wieder hergestellt. Die serbische Bürokratie schürte den Nationalismus und konnte auf dieser Basis die Wahlen Ende 1990 gewinnen.

Mittlerweile wächst die Oppositionsbewegung auch in Serbien. Im März gab es Massendemonstrationen gegen die stalinistische Vorherrschaft in den Medien, die zum Rücktritt der Belgrader Fernsehleitung und später auch des Innenministers führten, der für die brutalen Polizeieinsätze gegen die Demonstranten verantwortlich war. Die Opposition in Serbien wird angeführt von der „Nationalistischen Serbischen Erneuerungsbewegung“ (MSR) unter der Leitung des Ex-Stalinisten Vuk Draskovic. Dieser will am liebsten den König wieder ins Land holen. Wenn es jedoch um Fragen des Kosovo oder um den Konflikt der serbischen Minderheit innerhalb Kroatiens geht, dann sind sich Draskovic und Milosevic schnell einig.

Während Milosevic den jugoslawischen Vielvölkerstaat, natürlich unter serbischer Vorherrschaft, erhalten will, streben Kroatien und Slowenien einen losen Staatenbund (Konföderation) oder die Abspaltung und die Schaffung neuer Nationalstaaten an. Der Konflikt zwischen Nord und Süd hat jetzt zum ersten Mal eine militärische Form angenommen. Die serbische Minderheit innerhalb Kroatiens hat sich unabhängig erklärt und den Anschluß an die Republik Serbien proklamiert. Dies führte zur militärischen Auseinandersetzung zwischen kroatischer Miliz und Polizei und serbischen Einheiten im Nationalpark Plitvice, bei denen auch die Bundesarmee gegen Kroatien eingriff.

#### Militärputsch?

Die Bundesarmee ist z.Zt. die einzige bundesweite Kraft, die für den Erhalt des Vielvölkerstaates eintritt. Sie zählt 180.000 Mann, 70% der Offiziere sind Serben, die unteren Ränge rekrutieren sich allerdings aus allen Nationalitäten. Die Militärbürokratie will ihre Machtstellung und ihre Privilegien nicht verlieren. Ihr Eingreifen in Kroatien deutet darauf hin, daß sie zum Handeln bereit ist. Doch ist nicht sicher, ob das Militär die Macht an sich reißen könnte. Die einzelnen Republiken sind mittlerweile dabei, eigene nationale Milizen zu organisieren. Die slowenische Heimwehr ist schon 50.000 Mann stark. Ein Putschversuch würde, vor allem im Norden, auf den Widerstand des Volkes stoßen. Unter solchen Umständen könnte auch die Armee entlang der Nationalitäten auseinander fallen.

Doch unabhängig davon, ob es zu einem Militärputsch oder zum Auseinander-

brechen Jugoslawiens kommt, ob der Kapitalismus wieder eingeführt wird oder nicht: die Leidtragenden sind in jedem Fall die Arbeiterklasse und die Jugend. Eine Weiterentwicklung der Gesellschaft ist bei keiner dieser Varianten möglich.

#### Arbeitereinheit oder Zerfall

Der einzige Ausweg aus der Misere liegt im Sturz der verschiedenen herrschenden Bürokratien durch eine poli-

goslawiens erhalten werden, die Wirtschaft sich entwickeln und der Lebensstandard steigen. Jeder Nation und jeder nationalen Minderheit würde das Recht auf Selbstbestimmung gegeben, bis hin zum Recht auf staatliche Losrennung. Aber wenn die Arbeiter die Macht selber in den Händen hielten, würde dieser Wunsch immer schwächer.

Es wird in Zukunft ganz sicher zu neuen Streik- und Protestbewegungen kommen, die sich gegen soziale Mißstände richten. Wenn in solchen Bewegungen die Idee der Arbeitereinheit gegen die Bürokraten aller Schattierungen Fuß fassen kann, dann wäre der Weg zu einer neuen, auf Freiwilligkeit beruhenden, echten sozialistischen Föderation möglich. Doch im Augenblick sind keine Ansätze zu einer solchen Entwicklung zu erkennen, so daß die Zukunft für die arbeitende Bevölkerung Jugo-



Strafenszene aus früheren Zeiten. Wirtschaftlicher Fortschritt und Titos Autorität hielten den Vielvölkerstaat lange Zeit zusammen.

tische Revolution und die Schaffung echter Arbeiterdemokratien, in denen die Arbeiter Staat und Wirtschaft demokratisch kontrollieren und verwalten. Nur mit einer solchen Gesellschaftsordnung könnte die Einheit Ju-

slawiens eher düster aussieht und dem Land wahrscheinlich ein Rückfall in die Balkanisierung, Zerfall und Chaos bevorstehen.

Sascha Stanicic, Aachen  
Jungsozialist



Massendemonstrationen in Pristina/Kosovo 1988: Die serbische Bürokratie schürt den Nationalismus und hob die Autonomie des Kosovo auf. Darin wird sie auch von der serbischen Opposition unterstützt.

ordnung abwehren, was zu Konflikten und schließlich zum Bruch zwischen Stalin und Tito im Jahre 1948 führte. Trotz dieses Bruchs, der oft beschönigend als Anti-Stalinismus von Tito ausgelegt wurde, blieben die grundlegenden Strukturen beider Staaten gleich: Planwirtschaft und privilegierter stalinistischer Staatsapparat.

#### „Arbeiter-Selbstverwaltung“

Wegen der „Blockfreiheit“ und der sogenannten „Arbeiterselbstverwaltung“ sahen viele westliche Linke in Jugoslawien ein Beispiel für den „wahren“ Sozialismus. Doch eine echte Arbeiterdemokratie gab es in Jugoslawien zu keinem Zeitpunkt. Aufgrund seiner Basis im Volk konnte sich Tito etwas mehr „Demokratie“ leisten. Die sogenannte Selbstverwaltung bestand lediglich in einigen weitgehenden Mitspracherechten für die Arbeiter auf betrieblicher Ebene. Die KP hielt jedoch die Kontrolle über den zentralen Plan und den Staatsapparat fest in ihrer Hand.

Gleichzeitig war Jugoslawien wie kein zweiter stalinistischer Staat mit dem kapitalistischen Weltmarkt ver-

tergrund für die vergangenen und kommenden politischen Entwicklungen, für das Aufbrechen der Nationalitätenkonflikte. Früher wurde der Vielvölkerstaat durch den wirtschaftlichen Fortschritt und die persönliche Autorität Titos zusammengehalten, auch wenn die Bürokratien der einzelnen Republiken schon immer eine relativ starke Stellung hatten.

#### Bürokratie schürt Nationalismus

Zwischen den Teilrepubliken gibt es große wirtschaftliche Unterschiede. So liegt z.B. im „reichen“ Slowenien die Arbeitslosigkeit bei 2%, im Kosovo bei über 40%. Der Durchschnittslohn ist in Slowenien und Kroatien viermal so hoch wie im Kosovo. Ein weiterer Grund für die Nationalitätenkonflikte sind die Rivalitäten zwischen den einzelnen nationalen Bürokratien der Bundesstaaten untereinander und gegenüber dem zentralen Staatsapparat, der stark unter serbischer Kontrolle steht.

In Slowenien sind im Frühjahr 1990 nationalistische, pro-marktwirtschaftliche Parteien als Sieger aus den Wahlen hervorgegangen. In Serbien ist 1988 Slobodan Milosevic an die Macht ge-

der ganzen Republik anschlossen. An den Protestdemonstrationen in Minsk beteiligten sich mehrere hunderttausend Menschen. Geheime und freie Wahlen, Mehrparteiensystem, Rücktritt der Regierung und der Gewerkschaftsleitung Belorusslands, Verstaatlichung des Vermögens der KP, „Die Feldfrüchte von Tschernobyl auf den Tisch der Regierung“ waren u.a. die Forderungen. Die Arbeiter gründeten einen städtischen Koordinationsausschuss sowie ein republikweites Streikkomitee.

#### Afrika

Die Kosten des Golfkriegs von ca. 50-60 Mrd. Dollar entsprechen dem Bruttosozialprodukt von 40 afrikanischen Staaten. Anders eingesetzt hätte man damit die Schulden des Kontinents halbieren können. Mit dem Geld für jede im Golfkrieg eingesetzte Tomahawk-Rakete (1,3 Mio. Dollar) hätten 3000 t Hirse finanziert werden können, errechnete die französische Zeitschrift „Jeune Afrique“. Laut UN-Wirtschaftskommission mußten die afrikanischen Länder 1990 wegen des Golfkriegs zusätzliche 2,7 Mrd. Dollar für höhere Ölrechnungen aufwenden. Uganda und Sambia verbrauchten dafür sämtliche Devisen.

15 Mio. afrikanischer Kinder leiden unter Hunger, mehr als 3 Mio. Kinder leben auf der Straße.

## Internationale Notizen

#### Sowjetunion

Der Leiter der Abteilung für „joint-ventures“ (Gemeinschaftsunternehmen) im sowjetischen Außenhandelsministerium, Igor Kosstin, ist äußerst unzufrieden mit der wirtschaftlichen Kooperation sowjetischer und ausländischer Firmen. Wie er bei einer Ausstellung in Karlsruhe im April mitteilte, sind in der SU derzeit 4000 joint-ventures registriert, darunter auch 320 mit Unternehmen der BRD. Doch nur 2% dieser 4000 Gemeinschaftsunternehmen dienen der Industrieproduktion, die meisten sind im Bereich Gastronomie, Beratung und Vermittlung von Geschäften tätig. Von den 760 im letzten Jahr gegründeten joint-ventures haben nur 25 ein Grundkapital von über 2 Mio. DM, bei den meisten betrage es zwischen 3000 bis 5000 DM. Die Zahl der Mitarbeiter liege überwiegend zwischen 10-30 Beschäftigten.

Während die Aktivitäten westlicher Kapitalisten nach dem Geschmack der sowjetischen Bürokratie zu wünschen übrig lassen, sind die sowjetischen Arbeiter dagegen umso aktiver. Dem Ausstand der Bergarbeiter schlossen sich im April auch 57 Bergwerke in der Ukraine an. In der belorussischen Hauptstadt Minsk gab es erstmals einen branchenübergreifenden, allgemeinen Streik, dem sich über 60 Betriebe in

# Internationales

## Die kurdische Tragödie

# Zynismus des Westens

Dreiviertel der kurdischen Bevölkerung Iraks befindet sich auf der Flucht. Mehrere hunderttausend Kurden hungern und frieren in den Bergen an der Grenze zur Türkei, Tausende sind schon umgekommen; fast eine Million sind in den Iran geflohen. Sie alle hoffen auf die Hilfe des Westens, der sie zur Revolte aufgefordert hatte. Doch die Generäle und Politiker, die vor Mitleid mit dem „armen kleinen Kuwait“ zerflossen, stehen jetzt mit gefalteten Händen daneben und sehen zu, wie die kurdische Bevölkerung mit Giftgas und Phosphor aus ihren Städten und Dörfern vertrieben wird. Wer glaubt nun noch den Begründungen für den Golfkrieg?

Saddam wird bei der Niederschlagung dieses Aufstands Tausende mehr foltern und töten als er es in Kuwait tat. Aber Washingtons neuestes Prinzip ist: „Keine Einmischung in Iraks innere Angelegenheiten“. Das scheint die „Pflicht der Weltgemeinschaft, Aggressoren zu bestrafen“ aufzuheben, die Bush im Golfkrieg beschwor. Welch ein Zynismus!

Die Kuwaitis gehören zur arabischen Nation und unterscheiden sich weder durch Sprache, noch durch Kultur und Tradition von der Bevölkerung der irakischen Südpfanz Basra. Doch die westlichen Imperialisten (in diesem

Fall die Briten) zogen hier eine künstliche Grenze und erhoben eine Ölquelle in den Rang eines Staates. Die Kurden sind dagegen ein eigenes Volk, mit eigener Sprache und Kultur. Doch sie erhielten - trotz mehrfacher Versprechen - keinen eigenen Staat. Daher war die brutale Unterdrückung der Kuwaitis ein „völkerrechtswidriger Akt“, die Ausrottung der Kurden ist dagegen eine „innere Angelegenheit Iraks“. Im imperialistischen „Völkerrecht“ kommen unterdrückte Nationalitäten und Minderheiten eben nicht vor.

Bushs „neue Weltordnung“ ist eigentlich die alte. Die US-Strategie setzt

nach wie vor auf Ordnungsmächte im Nahen Osten, die als Statthalter ihrer Interessen fungieren. Irak war etwas zu eigenwillig geworden und sollte zu recht gestutzt werden. Die Westmächte hofften auf einen Militärputsch gegen Saddam im Gefolge des Krieges. Das hätte dem irakischen Volk zwar keine demokratischen Rechte gebracht, aber dafür ein dem Westen genehmeres Regime. Von einer revolutionären Bewegung einfacher Iraker und Kurden wollten sie nichts wissen. Die USA fürchten, daß dies den Irak auseinanderbrechen lassen und mehr Instabilität für den ölreichen Nahen Osten bedeuten würde. So lassen sie es zu, daß der Aufstand in Blut ertränkt wird.

### Vergebliches Hoffen

Die kurdischen Führer baten die UN und die USA um Hilfe. Doch erst auf großen Druck der entsetzten Weltöffentlichkeit hin leisteten sie minimale humanitäre Hilfe; ansonsten begnügen sie sich mit dem Formulieren von UN-Resolutionen.

Die tragische Geschichte ihres Volkes sollte den kurdischen Führern gezeigt haben, daß es sinnlos ist, auf die Hilfe der Imperialisten zu hoffen. Das Territorium, in dem die Kurden seit ca. 2000 Jahren leben, ist mit Beginn dieses Jahrhunderts durch die Grenzziehung der Kolonialmächte auf fünf Staaten verteilt (Türkei, Irak, Iran, Syrien und UdSSR).

Immer wieder wurden die Kurden von verschiedenen Seiten benutzt, um die jeweiligen Interessen durchzusetzen, zuletzt im Irak/Iran-Krieg als „Hilfstruppen“ (genauer: Kanonenfutter). Die Bevölkerung des Nahen Ostens kann nicht mit der Unterstützung der imperialistischen Länder rechnen, wenn es um Selbstbestimmung, Demokratie und akzeptable Lebensbedingungen für alle geht. Denn sie verhalten Diktatoren an die Macht und profitieren von der

Armut der ex-kolonialen Welt.

Die Alternative dazu, eine Strategie, die auf der Stärke der Massen beruht, scheint der schwierigere Weg zu sein. Und doch ist es der einzig mögliche.

### Welcher Weg?

In der Anfangsphase der Rebellion gelang es, viele Soldaten aus Saddams Armee auf die Seite der Aufständischen zu ziehen. Das reichte noch nicht, um die Republikanischen Garden zu schlagen. Die Bevölkerung in und um Bagdad, in den sunnitischen Landesteilen,

Verbesserung der sozialen Bedingungen und die Garantie der Rechte aller nationalen und religiösen Minderheiten hätte man sie einbeziehen können. Ein Appell an die Arbeiter und Bauern im ganzen Land, auf der Grundlage eines demokratischen und sozialistischen Programms, hätte dem Regime einen tödlichen Schlag versetzen können.

Viele Menschen in den westlichen Industrienationen sind empört über die Heuchelei ihrer Regierungen. Aber wir sollten nicht fordern, daß sie militärisch eingreifen. Sie würden nur ihre eigenen Interessen vertreten. Ihre Intervention in Kuwait hat nicht mehr gebracht als das Recht des Emirs, seinen Palast wieder aufzubauen. Die Golfkrieg-Intervention hat ja gerade zu den jetzigen Problemen geführt und die Lage der Kurden noch mehr verschlimmert.

Vielmehr sollten wir uns dafür ein-



Tod durch Erfrieren, Hunger und Krankheiten: Der Westen leistet nur minimal humanitäre Hilfe. Wenn es um Selbstbestimmung und Demokratie geht, ist vom Imperialismus überhaupt keine Unterstützung zu erwarten.

fühlte sich offenbar nicht genügend von den Aufständen angezogen. Weder von der Rebellion im Süden, die von schiitischen Fundamentalisten angeführt wurde, noch von der nationalen kurdischen Revolte. Sie befürchteten ein Auseinanderbrechen des Staates und erhoben sich nicht gegen Saddam. Nur mit einem gesamtirakischen Programm zum Sturz der Diktatur, für die

setzen, daß die internationale Arbeiterbewegung die Kurden und die sozialistische irakische Opposition politisch und materiell unterstützt. (Siehe auch Kasten auf Seite 3) Eine sozialistische Föderation des Nahen Ostens ist die einzige Garantie für einen dauerhaften Frieden.

Dirk Seitz, Kassel  
Jungsozialist

### Zitiert:

Gerhard Konzelmann, der als „Nahost-Experte“ während des Golfkrieges durch die Talk-Shows tingelte und Bushs Kriegstreiberpolitik verteidigte, sagte am 9. April 1991 in den ARD-Tagesthemen zum Völkermord an den Kurden:

„Da muß man Saddam ausnahmsweise Recht geben - es ist ein innerirakisches Problem.“

„Saddam hat nur versucht, den Aufstand einzudämmen.“

„Bei Saddam kommt man mit Drohungen nicht weiter, man muß mit ihm sprechen.“

## Britannien

# Konservative am Ende?

Die Rücknahme der verhaßten Kopfsteuer (poll-tax) durch die britische Regierung markiert einen Wendepunkt in der politischen Entwicklung Britanniens. Es ist der erste entscheidende Sieg über die Konservativen seit dem Amtsantritt Thatchers '79.

Thatchers Nachfolger Major gab vor der Tory-Parlamentsfraktion zu, daß die poll-tax nicht einzutreiben war. Minister Heseltine sagte im Parlament, daß „die Öffentlichkeit nicht von der Fairness der Steuer überzeugt“ gewesen sei. Diese Stellungnahmen sind ein Tribut an die Widerstandsbewegung, die sich im ganzen Land gegen die Steuer formiert hatte. Mit über 14 Millionen Steuerverweigerern war dies die größte Bewegung kollektiven zivilen Ungehorsams in der Geschichte Britanniens. Und das, obwohl die Labour wie auch die Gewerkschaftsführung zur Zahlung der Steuer aufgefordert und auf die nächsten Wahlen vertröstet hatten.

Ohne die politische Arbeit des marxistischen Flügels der Labour-Party hätte sich eine Bewegung dieses Ausmaßes nicht entfaltet. Die Anhänger der britischen marxistischen Wochenzeitung MILITANT nahmen den Kampf gegen die Kopfsteuer bereits 1988 auf und gründeten später die gesamtbritische Anti-Poll-Tax-Förderung.

Obwohl zehntausende Nichtzahler vor die Gerichte gezerrt und einige sogar ins Gefängnis geworfen wurden, gelang es den Tories nicht, die Steuer durchzusetzen. Sie wurde zum Mühlstein um den Nacken Thatchers. Ihre Ablösung brachte den Konservativen vorübergehend Sympathie-Gewinne. Doch dann kam die Nachwahl in Ribblesdale, dem zehntausendsten Wahl-

kreis der Tories, geprägt von Mittelschicht-Wählern, die zu 97% die poll-tax bezahlt hatten. Dennoch war die Kopfsteuer das zentrale Wahlkampfthema, und die Konservativen verloren den Sitz haushoch an die Liberalen.

Diese Wahlniederlage leitete den endgültigen Rückzug der Konservativen in Sachen Kopfsteuer ein, begleitet von erheblichen Auseinandersetzungen in der Partei. Die Thatcher-Anhänger sa-

hen in der Rücknahme der Steuer einen Verrat an den Ideen des Thatcherismus. Um eine mögliche Spaltung der Partei zu vermeiden, entschied sich Major für einen Kompromiß: niedrigere, aber nach wie vor personenbezogene Gemeindesteuern, und eine Anhebung der Mehrwertsteuer von 15% auf 17,5%.

Dies ist nicht der erste Rückzug der Regierungspolitik von „ehernen Grundsätzen“ des Thatcherismus, in Anbetracht wachsender Unpopularität und negativer Wirtschaftsentwicklung. Die britische Wirtschaft befindet sich in der Rezession. Im letzten Quartal 1990

sank die Industrieproduktion um -4%. Das Bruttosozialprodukt wuchs 1990 nur noch um 0,5%, für 1991 wird offiziell ein Rückgang um -2% erwartet. Der Aufschwung der 80er Jahre hat die generelle Abwärtstendenz des britischen Wirtschaft eine Zeitlang überlagert. Der wachsende Zustrom von Importen und ein hohes Handelsbilanzdefizit zeigen jedoch, daß der britische Kapitalismus weder auf den internationalen noch auf den Binnenmärkten konkurrenzfähig ist.

### Rezession

Der Aufschwung beruhte vor allem auf der Ausweitung der Verschuldung von Konsumenten und Unternehmen sowie Spekulation, was zu steigender Inflation führte. Ein kreditgespeister Aufschwung konnte nicht lange anhalten, so daß die Regierung nun versucht, ihrerseits durch Staatsverschuldung die Rezession zu begrenzen und durch Absenken des Lebensstandards die Inflation zu bekämpfen. Dies ist ein Rezept für zukünftige Auseinandersetzungen, besonders mit den Beschäftigten im öffentlichen Dienst. Wann sich dies entwickelt, ist noch nicht absehbar. Vorläufig haben Rezession und steigende Arbeitslosigkeit (+370.000 Arbeitslose in 9 Monaten) zur niedrigsten Zahl von Streiks seit Mitte der 30er Jahre geführt.

Während des gesamten Kampfes gegen die Kopfsteuer hat die Labour-Führung keinerlei Initiative zur Unterstützung des Widerstands ergriffen. Im Gegenteil: In den letzten Monaten wurden sogar Anti-Kopfsteuer-Aktivisten aus

der Partei ausgeschlossen oder an der Kandidatur zu Kommunalwahlen gehindert. Dies reiht sich ein in die scharfe Rechtswende der Parteiführung unter Kinnock seit Mitte der 80er Jahre. Die Parteiführung hat es zur Kunst entwickelt, keinerlei politische Aussagen zu machen und keine Konturen eines möglichen Labour-Regierungsprogramms erkennen zu lassen.

### Rechtswende der Labour-Party

Die innerparteiliche Demokratie wurde abgebaut, die landesweiten und regionalen Strukturen der Jungsozialisten zerschlagen, zahlreiche Linke in Liverpool, Schottland, London und anderen Städten aus der Partei gesäubert. Ein dramatischer Rückgang der Mitgliederzahlen und der Zusammenbruch der Parteiaktivitäten in vielen Untergliederungen waren die Folge. Dies alles könnte Labour trotzzeitigem Vorsprung in den Meinungsumfragen um die Chance eines greifbaren Wahlsiegs bringen.

Ein Labour-Wahlsieg würde die Hoffnungen von Millionen auf eine Wende zum Besseren wecken. Nach einer gewissen Zeit der Geduld würde der Druck auf eine Labour-Regierung wachsen, nun endlich konkrete Maßnahmen im Interesse ihrer Wähler umzusetzen. Doch weil die Labour-Führung im engen Rahmen des Kapitalismus operieren wird, wird sie die Bedürfnisse ihrer Anhänger nur schwer befriedigen können. In dieser Situation wird der Einfluß marxistischer Ideen wachsen. Denn viele Arbeiter und Jugendliche werden sich durch eigene Erfahrung von der Notwendigkeit einer kämpferischen Führung überzeugen, die willens ist, sich mit dem Kapital anzulegen und ihr Profitsystem abzuschaffen.

Robert Labi, London  
Mitglied der Labour Party



14 Millionen Briten verweigerten die Zahlung der Kopfsteuer. Dies war die größte Bewegung kollektiven zivilen Ungehorsams in der Geschichte des Landes.

Seite Zehn

Verkauft

Unsere letzte Ausgabe mit dem Kohl-Kopf und der Überschrift „Haltet den Dieb“ kam besonders in den fünf neuen Ländern gut an. Auf zwei Leipziger Montagsdemos wurden 420 Exemplare abgesetzt. Kasseler Jusos verkauften am Ostersamstag in der Erfurter Innenstadt 130 Zeitungen, Lübecker Jusos in Rostock 50 Exemplare. Die Passanten kamen von sich aus auf die Verkäufer zu, schmunzelten über die Schlagzeile und zückten die Geldbörse.

Auch unsere Poster „Zeigt Kohl die rote Karte“ fanden großen Anklang und gingen auch durch die bürgerliche Presse, sogar in Österreich und Spanien. (siehe Foto)

Weniger Anklang fanden dagegen führende SPD-Politiker, z.B. bei der Leipziger Montagsdemo vom 25. März. Der SPD-Oberbürgermeister Lehmann-Grube wurde ausgepöfeln als er sagte, er sei „nicht hier, um gegen Kohl zu demonstrieren“ und die Zusammenarbeit mit der Regierung beschwor. Immer wieder wurden wir von Demo-Teilnehmern gefragt, wann denn der SPD-Vor-



Leserbriefe

Schreibt uns Eure Meinung, Erlebnisse, und und und . . . .

Folgenden Brief schrieb Helmut Bernhard, Arbeiter aus Kassel, im Mai 1989 an Oskar Lafontaine. Eine Antwort erhielt er nicht. Wir veröffentlichten ihn leicht gekürzt:

„Sehr geehrter Genosse Oskar Lafontaine,

ich möchte mal ein paar Zeilen schreiben und einen Hilferuf an Dich loslassen und Dir mal erklären, wie's einem Arbeiter oder einer Arbeiterin geht, und wie es mit dem Lohn aussieht, den unsereins verdient. Übrigens: ich bin langjähriger Genosse in der SPD.

Ich muß die letzte Zeit feststellen,

daß meine Kollegen und Kolleginnen mit ihrem monatlichen Verdienst sehr in Bedrängnis geraten. Der Durchschnittsverdienst einer Arbeiterin oder eines Arbeiters beträgt im Monat 1800 DM netto. Ein Beispiel: 700 DM für Miete, 100 DM für Strom, 100 DM für Wasser und Müllabfuhr, 100 DM für Ofenbrand, 300 DM für Kinder und Schule, 200 DM für Kleidung. Das sind schon 1500 DM, da sind aber noch nicht die Lebensmittel drin enthalten, die man braucht, um nicht zu verhungern. Also wenn man weiter rechnet, kommen meine Kolleginnen und Kollegen immer mehr jeden Monat in die roten Zahlen.

Ich bin der Meinung, daß in unserer Gesellschaft irgend etwas nicht stimmt. Ich verstehe nicht, daß wenige Menschen so viel verdienen und der größte Teil der Arbeiterinnen und Arbeiter unter dem Sozialsatz arbeiten müssen. Ich gebe mal ein Beispiel, wie man das ändern könnte. Kann man nicht in der SPD dafür sorgen, daß jeder, der volljährig ist, sozial unabhängig wird, daß

man zum Essen, Wohnen und Kleidung jeden Monat ein Entgelt bekommt, und wenn man sich dann mehr anschaffen will, muß man eben arbeiten. Ein Beispiel: 1900 DM jeden Monat zum Leben, das ich also für Miete, Essen und Kleidung ausgeben kann. Du fragst, wie soll man das Ganze bezahlen?

Ich sage dazu, daß man als SPD endlich hergehen soll und mal das Kapital angreift, das ins Ausland fließt. Aber nicht das Kapital, was unser Binnenmarkt braucht für die Wirtschaft, wenn man sich überlegt, daß jedes Jahr 180 Milliarden Mark ins Ausland fließen für Spekulationen und Investment-Fonds, die kaum besteuert werden.

Du sagst in Presse und Fernsehen, wir sollen Samstag und Sonntag arbeiten. Wie meinst Du das? Wie soll ich in der Partei noch mitarbeiten und Wahlkampf machen, wenn ich Samstag und Sonntag arbeiten muß? Sollen wir alle Schichtarbeiter werden? Wenn man das will, muß man Abschied nehmen vom Familienleben, den Vereinen und Verbänden und Parteien. Da können nur noch Beamte und Lehrer drin vertreten sein, und wir dummen Arbeiter bleiben zuhause. Daß das die Zukunft sein soll, kann ich nicht glauben. Ich bitte um Antwort, sonst zweifeln an unserer Partei.“

sitzende Vogel spreche. Doch der zog es vor, nur mitzumarschieren. Nicht aus parteipolitischer Bescheidenheit, wie sich bei einer SPD-Diskussionsveranstaltung mit 300 Besuchern im Anschluß an die Demo zeigte. Dort sahen Vogel, Matthäus-Meier und Thierse ihre Aufgabe vor allen Dingen darin, die Leute zu beschwichtigen und die Treuhänder zu verteidigen.

Auf die Frage, was eigentlich der Unterschied zwischen SPD- und CDU-Politik sei, antwortete Vogel: „Wir haben den Menschen vor der Wahl die Wahrheit gesagt. Und das ist auch schon der Hauptunterschied.“ Das ist leider nur allzu wahr. Eine VORAN-Unterstützerin griff dagegen die Politik von Kohl und den Verun-Treuhändern massiv an, und sagte u.a.: „Die Frage ist nicht: Wer zahlt - Ost oder West? Sondern: Wer zahlt - oben oder unten. Wir müssen dafür eintreten, daß die Profiteure der Einheit zahlen.“ Der große Beifall für diesen Beitrag zeigte, daß die Menschen Antworten und Alternativen suchen.



NEU - Sofort bestellen

Die erste Ausgabe unserer neuen Reihe „Marxistische Hefte“. Sie werden in unregelmäßigen Zeitabständen erscheinen und enthalten Aufsätze und Beiträge zu aktuellen Fragen, Geschichte, Theorie und internationalen Entwicklungen.

In Heft Nr. 1: Randalles als Methode? Was ist Imperialismus? Panama. Nicaragua. Baltikum.

Bestellungen zum Preis von 2,- DM zuzüglich 1,- DM Porto (in Briefmarken beilegen) an: Redaktion VORAN, Hansaring 4, 5000 Köln 1. Eine Gesamtliste von VORAN-Materialien kann ebenfalls angefordert werden.

Kampffonds  
Spendet gegen  
Zusammenarbeit mit Kohl

Vogel und Kohl haben beschlossen, gemeinsame Arbeitsgruppen zum Aufbau der fünf neuen Länder einzurichten. Zwischen den Vorstellungen der Parteiführung und der CDU besteht tatsächlich kein großer Unterschied. Vogel will nur, daß sich Kohl anstandslos halber noch entschuldigt.

Eine wirkliche Alternative zur Kahl-schlagpolitik kann es aber mit der Marktwirtschaft nicht geben. Markt heißt, die Profitinteressen vor unsere zu stellen, Profite, die wir bezahlen sollen (Steuererhöhungen für uns, Erleichterungen für Unternehmer, Investitionszulagen, usw.)

Mit unserer Zeitung können wir zeigen: es gibt eine Alternative zur Kooperation mit Kohl. Doch VORAN ist „Mehr als nur eine linke Zeitung“. Wir müssen unsere Redaktionsräume und -mitarbeiter finanzieren, Zeitungsabos und Bücher, Fahrten in andere Orte, Telefongespräche mit Unterstützern, die Artikel schreiben oder zur Diskussion unserer Ideen und Politik vor Ort, Druck von Broschüren usw.

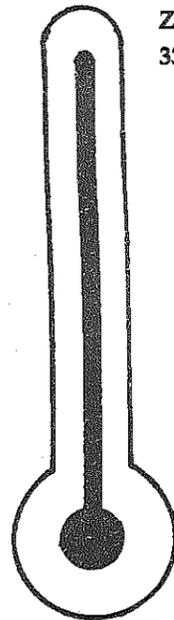
Dafür reicht der Verkauf von Zeitungen nicht aus, wir müssen Spenden für den Kampffonds sammeln. Als Rücklage, für Anschaffungen und zur Broschürenproduktion haben wir auf unserem letzten Seminar insgesamt 12.683 DM gesammelt. Außerdem kamen für März bisher 3420 DM in der Redaktion an. Das Ergebnis für das 1. Quartal ohne die Sammlung ist damit 25.916 DM.

Um alle Ausgaben zu decken brauchen wir im 2. Quartal 22.500 DM. Der 1. Mai ist die beste Gelegenheit, Spenden zu sammeln. Der Kampf gegen eine Zustimmung zur Grundgesetzände-

rung auf dem SPD Parteitag ist nur ein Grund, um für VORAN zu spenden. Weiterhin können alle Unterstützer vor Ort eine Veranstaltung gegen die Angriffe durch die Kohlregierung organisieren und dabei einen Spendenappell machen sowie unser Material verkaufen. Viel Erfolg!

Geert Möbius, Köln, Jungsozialist

Ziel:  
33.000,-



Erreicht:  
38.599,-

Spendenkonto:  
VORAN, Postgiroamt Essen  
BLZ 360 100 43  
Kto.-Nr. 2500 59-430

Freiheit für Mahmoud Masarwa

Seit zwei Jahren sitzt der palästinensische Gewerkschafter und Marxist Mahmoud Masarwa im israelischen Gefängnis. Als Gegner sowohl des Terrorismus gegen Juden als auch des diplomatischen Kuhhandels mit reaktionären Ölscheichs hat Mahmoud versucht, jüdische und arabische Arbeiter im Kampf für demokratische Rechte und Sozialismus gegen die israelische Regierung zu vereinen.

Solch eine Einheit der Arbeiter würde das Ende der Herrschaft des israelischen Statthalters der USA bedeuten. Nur ein sozialistisches Israel/Palästina könnte den Boden und Reichtum unter beiden Völkern gerecht verteilen und die demokratischen und nationalen Rechte beider garantieren. Sich dafür einzusetzen ist Mahmoud Masarwas eigentliches „Verbrechen“.

Das Verfahren gegen Mahmoud basiert auf konstruierten Unterstellungen und einem herausgeprägten Geständnis, das bis jetzt noch nicht einmal veröffentlicht wurde. Selbst der Hauptzeuge der Anklage weigerte sich, gegen Mahmoud Masarwa auszusagen.

Voraussichtlich im Juni/Juli geht das Verfahren in die Berufung. Nur breiter internationaler Druck und eine große Unterstützung in der Öffentlichkeit wird den israelischen Staat zu Zugeständnissen zwingen. Daher müssen wir jetzt die Kampagne zur Freilassung

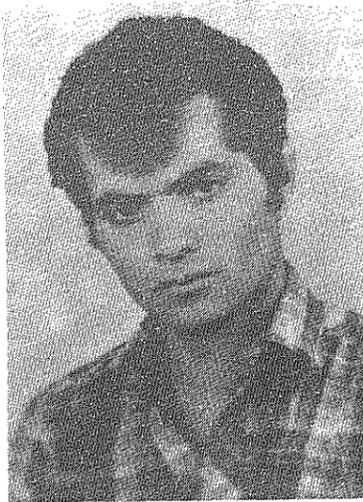
verstärken. Eine Welle von Protestschreiben aus Untergliederungen von SPD und DGB muß die israelische Botschaft und den israelischen Premier-Minister erreichen. Wirkungsvoll sind auch Proteste direkt vor der Botschaft oder den Reisebüros der israelischen Fluggesellschaft El Al. Bringt den Fall Mahmoud Masarwa durch die Presse an die Öffentlichkeit.

Die Haftbedingungen sind weiterhin unerträglich, auch wenn Mahmoud Masarwa endlich aus einer Zelle mit Drogenabhängigen verlegt wurde. Seine Post wird weiterhin zurückgehalten, es ist ihm nicht erlaubt zu telefonieren - ein Recht, das in Israel selbst sowjetischen Spionen zusteht!

Die Briefe an die israelische Botschaft und den israelischen Premier-Minister sollten folgende Forderungen beinhalten:

- Das Berufungsverfahren soll öffentlich sein.
- Das „Geständnis“ soll veröffentlicht werden.
- Das Recht, seine Post zu erhalten.
- Das Recht, telefonieren zu dürfen und Freigang zu erhalten.
- Mahmoud Masarwas sofortige Freilassung.
- Die Freilassung aller politischer Gefanger in Israel.

Schickt Protestbriefe an: Israelische Botschaft, Simrockallee 2, 5300 Bonn 2;



und Premier-Minister, 3 Kaplan Street, Jerusalem, Israel 91919.

Schickt davon Kopien an: Kampagne „Freiheit für Mahmoud Masarwa“, c/o Wiebke Möbius, Oranienstraße 165, 5000 Köln 91.

Darüberhinaus müssen Anwaltskosten finanziert und nicht zuletzt Mahmouds Familie unterstützt werden. Jede Mark hilft. Sammelt Geld bei Demonstrationen, auf Veranstaltungen, bei Info-Ständen etc. Spendenkonto: Postgiroamt Köln, Konto-Nr. 4159 96-503, BLZ 370 100 50.

Ich möchte



unterstützen und bitte um weitere Informationen



Name

Anschrift

Telefon

Bitte senden an: VORAN, Hansaring 4, 5000 Köln 1, Telefon 0221/134504



Ich möchte

- VORAN abonnieren, 6 Ausgaben zu 9,60 DM
- VORAN weiterverkaufen und bestelle \_\_\_\_\_ Exemplare (in Kommission - Bezahlung erfolgt nach Verkauf)
- ein VORAN-Förderabo zu DM \_\_\_\_\_ beziehen (ab 20 DM)

Name, Anschrift, Telefon

Bitte einsenden an: VORAN, Hansaring 4, 5000 Köln 1  
Postgiroamt Essen, Bankleitzahl 36010043, Konto-Nr. 250059-430

# Aus Betrieb und Gewerkschaft



## ÖTV-Tarifabschluß Anschluß verpaßt

Die Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst fielen in eine Zeit, in der viel über die Kosten der Wiedervereinigung, Steuererhöhung, Sonderopfer usw. geredet wurde. Längst hatte die Öffentlichkeit vergessen, daß die ÖTV 1988 einen Tarifabschluß hingenommen hatte, der als Solidarbeitrag zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit abverlangt wurde: dreijährige Laufzeit und niedrige Einkommenserhöhungen von je 2,4%, 1,4% und 1,7% im Jahr, wenn auch die wöchentliche Arbeitszeit auf 38,5 Stunden verkürzt wurde.

Doch genau in diesen Jahren setzte ein deutlich höheres Wirtschaftswachstum ein, das Bund, Ländern und Gemeinden von 1987-89 Steuermehreinnahmen von 63,35 Milliarden DM verschaffte. Trotzdem wurde kaum zusätzliches Personal eingestellt und die Arbeitszeitverkürzung durch Erhöhung des Arbeitsdrucks und Einschränkungen im Bürgerservice abgefangen. Als 1990 andere Gewerkschaften Einkommenserhöhungen bis 9% durchsetzen konnten, erreichte die ÖTV lediglich eine Erhöhung der Zulagen (von 67,- DM auf 150,- DM; Azubis 30,- DM). Inzwischen beträgt der Einkommensrückstand gegenüber der Privatwirtschaft (sogar laut Bundesregierung) 17%.

Vor diesem Hintergrund war die Forderung von 10% Einkommenserhöhungen und 250,- DM mehr für Azubis und Praktikant(inn)en vollkommen berechtigt. Trotzdem empfanden noch im

Dezember 1990 selbst viele ÖTV-Mitglieder und erst recht die Steuerzahler diese Forderung als zu hoch. Dies änderte sich jedoch schlagartig nach der Bundestagswahl und mit Beginn des Golfkrieges. Als Gebührenerhöhungen, Steuererhöhungen und höhere Abgaben zur Arbeitslosenversicherung diskutiert wurden, wurde allen klar, daß die 10% gefordert und auch durchgesetzt werden müssen.

### Große Streikbereitschaft

Dementsprechend war die Stimmung bei den Warnstreiks. Bundesweit beteiligten sich rund 200.000 Beschäftig-

te an den Aktionen. In Nürnberg kamen zu einer Kundgebung am Gewerkschaftshaus über 5000 Beschäftigte, wobei auch Kolleginnen und Kollegen der Postgewerkschaft und der Gewerkschaft der Polizei solidarisch beteiligt waren. Anders als bei früheren Warnstreiks, die sich hauptsächlich auf die Arbeiter(innen)bereiche wie Verkehr und Müllabfuhr beschränkten, waren diesmal viele neue Bereiche wie Verwaltung, Azubis und Praktikant(inn)en, Erzieherinnen und Pflegepersonal aktiv dabei. Insgesamt verliefen die Warnstreiks sehr erfolgreich und ermutigend.

Umso niederschmetternder war dann das Ergebnis (siehe Kasten). Für viele mag es vielleicht ganz ordentlich klingen. Aber genauer gesehen wird der Öffentliche Dienst gerade noch mit den Tarifabschlüssen anderer Gewerkschaften für 1991 mithalten können, sicher aber nichts vom Einkommensrückstand abbauen. Dasselbe gilt für den Ausbildungsbereich. Die 120,- DM können als Ansatz für weitere Schritte

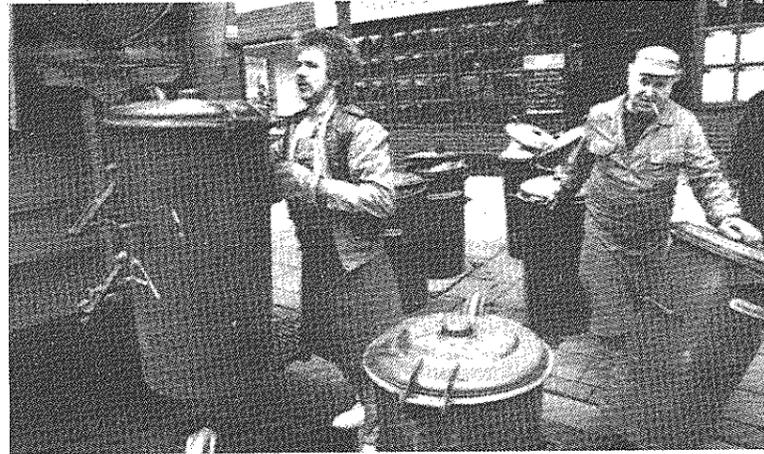
in diese Richtung angesehen werden. Aber selbst nach dieser Erhöhung sind die Ausbildungsvergütungen im Vergleich zur Privatwirtschaft nicht konkurrenzfähig, d.h., weiterhin werden Jugendliche lieber einen Beruf in der Privatwirtschaft erlernen wollen, während im Öffentlichen Dienst Ausbildungsplätze unbesetzt bleiben. So konnten z.B. bei der Stadt München von 1042 Ausbildungsplätzen nur 830 besetzt werden, ähnliches gilt für andere Großstädte und die Post.

### Wegezeiten

Den größten Ärger wird es in der nächsten Zeit mit der Regelung über den Beginn der Arbeitszeit geben. Zur Erläuterung: Als Beginn der Arbeitszeit gilt die Arbeitsstelle. Laut Auslegung des Gesetzes und Rechtsprechung be-

trag hinausgehende Leistungen vereinbart waren, sollen diese bestehen bleiben. Diese Besitzstandsregelung greift aber nicht immer. In Nürnberg wurde z.B. für das Klinikum eine Wegezeitpauschale von 103,- DM im Monat tarifvertraglich vereinbart. Diese Vereinbarung war aber nur solange gültig, bis eine gesetzliche Regelung getroffen ist. Durch den jetzigen Tarifabschluß wird also die günstigere Regelung außer Kraft gesetzt. Aufgrund dessen hat die Stadt Nürnberg zum 1.4. die Zahlung der 103,- DM eingestellt. Die Aussichten, gesetzlich dagegen vorgehen zu können, sind äußerst gering.

Der Unmut darüber im Klinikum ist sehr groß, da für diese Beschäftigten der Tarifabschluß praktisch gar keine Einkommensverbesserung gebracht hat. Eine Welle von Kündigungen ist zu



Der Einkommensrückstand im öffentlichen Dienst gegenüber der Privatwirtschaft beträgt sogar laut Bundesregierung 17%.



Viel Unmut über den Abschluß gibt es im Pflegebereich. Eine Welle von Kündigungen ist zu erwarten, die den Pflegenotstand noch verschärfen wird.

### Tarifergebnisse:

- 6% mehr bei Löhnen und Vergütungen.
- 120,- DM mehr für Azubis und Praktikant(inn)en.
- Strukturverbesserungen im Arbeiter(innen)bereich.
- Änderung der Regelung zum Beginn der Arbeitszeit.

## ihr da oben . . .

### Verun-Treuhänder

Mehrere Mitarbeiter der Berliner Treuhandanstalt sind wegen Betrugsverdacht vom Dienst suspendiert worden. Wie der Leiter der Berliner Kripo-Dienststelle für organisierte Wirtschaftskriminalität mitteilte, seien zahlreiche Betriebe durch Treuhand-Mitarbeiter vorzeitig ausgeschaltet worden. Durch Verschiebung von Grundstücken und Sachwerten sei ein Schaden von ca. 500 Mio. DM entstanden; tausende von Beschäftigten hätten dadurch ihren Arbeitsplatz verloren. Wie Treuhand-Sprecher Wolfgang Schöde auf einer Pressekonferenz andeutete, seien „im Interesse der Ermittlungen“ nicht alle Verdächtigen suspendiert worden. Viele Menschen in den neuen Ländern fühlen sich auch ohne zusätzliche kriminelle Machenschaften betrogen. Wenn es nach ihnen ginge, würde wohl die ganze Treuhand-Leitung in die Wüste geschickt werden.

### Marktwirtschaft oben

Die EG-Kommission hat ein Verfahren eingeleitet, in dem überprüft werden soll, ob Daimler-Benz versteckte staatliche Beihilfen erhalten hat. Die Brüsseler Kommissare finden

es merkwürdig, daß Daimler für den Kauf eines 62.000 qm großen Grundstücks mitten in Berlin, am Postdamer Platz, nur 1505,- DM pro qm an die Stadt zahlen mußte. Dieser Verkaufspreis liege nach ihrer Einschätzung deutlich unter dem Marktwert.

Daimler, der größte und umsatzstärkste Konzern Deutschlands, ist staatliche Sonderbehandlung gewohnt. Auch für das Airbus-Geschäft der Daimler-Tochter MBB mußte der Steuerzahler 1990 rund 300 Millionen DM berappen. MBB hat nämlich das durch Dollar-Schwankungen bedingte Geschäftsrisiko erfolgreich auf den Staat abgewälzt, der Ausgleichszahlungen vornimmt. Da sage noch einer, die Marktwirtschaft funktioniert nicht ganz prächtig...

### Marktwirtschaft unten

Die Zahl der statistisch erfaßten „geringfügig Beschäftigten“ hat sich zwischen '87 und '90 in den Alt-Bundesländern von 2,3 Mio. auf 6,3 Mio. fast verdreifacht. Sie gehen einer Arbeit ohne Sozialversicherungsschutz und mit einem Lohn unter 480,- DM monatlich nach. Wie das „Forum Ökonomie und Arbeit“ weiterhin bekanntgab, sind 70% davon Frauen.

Da ein Teil dieser Arbeitnehmer(innen) zwei oder mehreren Jobs nachgeht, liegt die Zahl der ungeschützten Beschäftigungsverhältnisse sogar bei 7,9 Mio. Damit sind noch nicht einmal die geringfügig Beschäftigten in Privathaushalten, Land- und



Forstwirtschaft sowie im Schaustellergewerbe erfaßt, weil dafür noch keine Meldepflicht besteht.

Zusammen mit den fast 2 Millionen Arbeitslosen sind also in den Alt-Bundesländern fast ein Drittel aller erwerbsfähigen Personen entweder in einem ungeschützten Arbeitsverhältnis tätig oder ganz ohne Arbeit. Gut zu wissen, daß unsere Marktwirtschaft eine soziale ist...

### Gleichstellung auf saarländisch

Erst durch einen mehrtägigen Streik von 3000 Gemeindearbeitern im April konnte die ötv im Saarland einen Manteltarifvertrag durchsetzen, der die Bedingungen für Arbeiter in den saarländischen Kommunen denen in den anderen Alt-Bundesländern angleicht. Sie erhalten nun eine Einkommensverbesserung von 60,- DM im Monat.

Bei ihren eigenen Einkommen sind die saarländischen Landtagsabgeordneten dagegen wesentlich großzügiger. Die Arbeiter, Angestellten und Freiberufler unter den Abgeordneten genehmigten sich ab 1. April eine 25%ige Diätenerhöhung, um ihr Entgelt an den öffentlichen Dienst anzugleichen. Sie erhalten jetzt 1495,- DM mehr im Monat - ganz ohne Streik.

## Angriff auf Rechte der Personalräte

Das Oberverwaltungsgericht Münster hat jetzt einen Beschluß gefaßt, der alle Personalräte und Beschäftigte alarmieren muß. Der Personalratsvorsitzende des Studentenwerks Aachen, Manfred Engelhardt, wurde dazu verdonnert, die Rechtsanwaltskosten in einem Gerichtsverfahren zu übernehmen, das er in seiner Funktion als Personalratsvorsitzender eingeleitet hatte. Falls dieser Beschluß Schule macht, und die Gefahr ist groß, gerät die Interessenvertretung der Beschäftigten zu einem unkalkulierbaren finanziellen Risiko für den Personalrat.

Der Anlaß des Verfahrens liegt vier Jahre zurück. Damals ging es um die Frage der Erhöhung der Essenpreise für die Beschäftigten im Studentenwerk Aachen, ohne Berücksichtigung der Mitbestimmungspflicht. Der Personalratsvorsitzende verlangte in der Angelegenheit eine Stellungnahme seitens der Geschäftsführung. Diese reagierte nicht und ließ die gesetzte Frist verstreichen. Der Personalratsvorsitzende beauftragte daraufhin einen Rechtsanwalt, durch das Verwaltungsgericht feststellen zu lassen, daß die Essenspreiserhöhung mitbestimmungspflichtig gewesen sei. Die Sache endete mit der Klarstellung, daß die Erhöhung der Essenpreise nur für die Studenten, nicht für die Beschäftigten gelte. Damit schien das Verfahren erledigt. Wenig später erhielt der Personal-

ratsvorsitzende die Rechnung von dem beauftragten Rechtsanwalt über 804,84 DM. Wie in derartigen Fällen üblich, leitete er die Rechnung an die Geschäftsleitung weiter. Die verweigerte die Bezahlung. Begründung: die Einleitung eines Verfahrens und insbesondere die Beauftragung eines Rechtsanwalts sei nicht notwendig gewesen. Das Verwaltungsgericht Aachen und das Oberverwaltungsgericht Münster schlossen sich im wesentlichen dieser Begründung an. Der Personalratsvorsitzende hätte „nicht in ausreichender Weise versucht“, eine Einigung mit der Dienststelle zu erzielen. Daß die Dienststellenleitung mehrere Tage Zeit gehabt hatte, um die Anfrage des Personalratsvorsitzenden zu beantworten, war aus der Sicht der Gerichte „nicht ausreichend“. Die Beschwerde des Personalratsvorsitzenden wurde abgewiesen. Das heißt, er muß die Kosten für den Rechtsanwalt aus eigener Tasche bezahlen.

Die Absicht dieses Urteils ist klar: Personalräte sollen eingeschüchtert werden, damit sie bei der Verteidigung der Interessen der Beschäftigten zurückhaltender werden. Die Gewerkschaftsführung ist gefordert, der ständig fortschreitenden Aushöhlung von Arbeitnehmerrechten entgegenzutreten.

Georg Kümmel, Aachen  
Jungsozialist



. . . wir hier unten

Rohwedder-Mord	Seite 2
Studenten in Ostdeutschland	Seite 5
Jugoslawien	Seite 8

## Stoppt die West-Bosse und Ost-Wendehälse

# Betriebe in wirkliches Volkseigentum

Die Lage in den neuen Bundesländern wird von Woche zu Woche kritischer. Daran können auch ein paar warme Worte des Kanzlers nichts ändern. Die Industrieproduktion schrumpft im Vergleich zum Vorjahr um 50%. Das bedeutet letztlich auch, daß die Arbeitslosigkeit diesen Stand erreichen wird. Der Marktgraf Lambsdorff rechnet sogar schon mit einer Arbeitslosenquote von 60%.

Dies sei das Erbe 40jähriger Mißwirtschaft, die ostdeutschen Arbeitnehmer sollen geduldiger sein, tönt es jetzt von allen Seiten. Sicher hat die stalinistische Herrschaft die Wirtschaft in die Stagnation und an den Rand des Abgrunds geführt. Doch die Verfechter der Marktwirtschaft hatten ja gerade versprochen, die Wirtschaft von diesem Abgrund wegzuführen. Tatsächlich haben Währungsunion und Marktwirtschaft sie erst richtig hineingestoßen.

West-Arbeitnehmer sollten sich nicht einreden lassen, die Ostdeutschen erwarteten zu schnell zu viel und wollten alles geschenkt bekommen. Die ostdeutsche Bevölkerung hatte keine Wunder erwartet, aber zumindest einen schrittweisen Aufbau der Wirtschaft. Nun müssen sie erleben, daß mit dem Abschichten der Industrie das Gegenteil eingetroffen ist. Sie wollen den Westdeutschen nicht „auf der Tasche liegen“, sondern den angestrebten Wohlstand selbst erarbeiten. Doch die Möglichkeit dazu wird ihnen zusammen mit dem Arbeitsplatz genommen.

### Wer zahlt was wofür?

Umgekehrt sollten sich die Ostdeutschen nicht weismachen lassen, Westbürger seien nicht zur Hilfestellung für die neuen Länder bereit. Die Opferbe-

lohnopfer zugunsten kürzerer Arbeitszeit und Neuschaffung von Arbeitsplätzen nicht zu den gewünschten Ergebnissen führten. Nicht viel anders wird es jetzt mit den „Opfern für die Einheit“ laufen. Die ötv-Tarifrunde wurde unter Hinweis auf die Aufbauanstrengungen in den neuen Ländern mit mageren 6% abgeschlossen. So konnte Waigel mit den eingesparten Geldern die 17 Milliarden zur Mitfinanzierung des Golfkriegs leichter aufbringen. Und wenn in der laufenden Tarifrunde im Metallbereich z.B. die Arbeiter bei Siemens Lohnverzicht für die Einheit üben, dann würde die eingesparten Millionen direkt in die Taschen der Unternehmer, aber sicher nicht in die der ostdeutschen Arbeiter fließen.

Von der Einheit haben bisher vor allem die westdeutschen Konzerne profitiert. Sollen doch die Profiteure der Einheit zahlen! Zusammen mit den SED-Wendehälsen schlachten sie die DDR-Wirtschaft aus. Sie reißen sich die Filetstücke unter den Nagel, sorgen für die Ausschaltung möglicher Konkurrenz durch wettbewerbsfähige Betriebe und machen den Rest platt. Ehemalige Mitglieder der SED-Planungskommission sitzen heute in der Treuhandanstalt. Nachdem sie früher die Betriebe marode gewirtschaftet haben, beschließen

wirkliches Volkseigentum zu übernehmen, sind die Werktätigen nun zum zweiten Mal enteignet worden.

### Arbeiterkontrolle

Es wird höchste Zeit, nicht mehr auf die Wohltaten von oben zu hoffen, sei es von Unternehmern oder Politikern,

nen durchschnittlichen Facharbeiterlohn, damit sich keine neuen bürokratischen Seilschaften bilden können. Ausgehend von der betrieblichen Ebene können dann branchenweit und für den Gesamtbereich der Treuhand ebensolche Räte nach gleicher Methode gewählt werden.

nehmern muß gesucht werden. Denn ihre Unterstützung ist notwendig, weil die ökonomische Basis der Konzerne, die derzeit die Treuhand kontrollieren, im Westen liegt. Gemeinsame Kampfmaßnahmen von west- und ostdeutschen Beschäftigten sind die wirksamste Waffe.

Einzelne Belegschaften könnten hierzu die Initiative ergreifen. Aber darüberhinaus müssen wir in den Gewerkschaften dafür eintreten, daß die Kämpfe zusammengefaßt und verallgemeinert werden. Wir müssen der SPD Dampf machen, damit sie sich an die Spitze setzt. Dies könnte der Ausgangspunkt für eine breite Offensive gegen Kohl und die Seilschaften aus westdeutschen Kapitalisten und ostdeutschen Bonzen sein. Die Bekämpfung von Massenarbeitslosigkeit, Wohnungsnot und Mietwucher, Niedriglöhne und ungerechte Steuerpolitik liegt gleichermaßen im Interesse der Arbeitenden in Ost wie West.

Wer kämpft, kann verlieren, wer nicht kämpft, hat schon verloren.

Boris  
Kanzleiter,  
Berlin  
Jung-  
sozialist



Demo-Spruchband in Leipzig: Die Treuhand muß in demokratische Kontrolle der Beschäftigten und der Gewerkschaften überführt werden.

„Was würde die schnelle Einführung einer Währungsunion bedeuten?

- Steigende Preise, selbst beim Umtausch von 1:1 (...) westliche Unternehmen hätten ja dann einen Absatzmarkt in Hartwährung. Es gäbe also ein DDR-Lohnniveau, jedoch rasch ein westliches Preisniveau.

- Betriebsschließungen und Massenarbeitslosigkeit. DDR-Betriebe wären sofort der direkten Konkurrenz westlicher Unternehmen ausgesetzt. Vorsichtige Schätzungen westlicher Experten gehen von 2,5 bis 3 Millionen Arbeitslosen aus..., das sind 1/4 bis 1/3 aller DDR-Beschäftigten. (...)

Alles in allem müßten also unvorstellbare Summen Richtung DDR

fließen, und zwar aus den Kassen der Bund/Länder-Haushalte oder der öffentlich-rechtlichen Versicherungsträger. Es gibt nur zwei Möglichkeiten, dies zu finanzieren: entweder durch enorme Ausweitung der öffentlichen Verschuldung oder durch Abwälzen dieser Lasten durch alle möglichen „Sonderopfer“ und Sondersteuern auf die Masse der Beschäftigten in der BRD. (...)

Massenarbeitslosigkeit in ganz Deutschland von 5-6 Millionen, Inflation und Angriffe auf soziale Errungenschaften bisher nicht gekanntes Ausmaßes - das wäre das Szenario, das sich aus einer schnellen Einführung der Währungsunion ergeben würde.“  
aus: VORAN, März 1990

reitschaft ist sogar erstaunlich groß, wenn man bedenkt, daß viele vor allem deswegen über die angekündigten Steuererhöhungen sauer waren, weil sie von der Regierung zuvor belogen und für dumm verkauft wurden, nicht aber, weil sie weitere Unterstützung für die ostdeutschen Länder ablehnen.

Die Frage ist jedoch, wer zahlt was wofür? Schon in der Vergangenheit mußten Westbürger erfahren, daß z.B.

sie jetzt über die Stilllegung mit. Der frühere stellvertretende Minister für Elektronik, ist heute Siemens-Manager und stellvertretender Vorsitzender des Metall-Arbeitgeberverbandes Sachsen.

Die arbeitende Bevölkerung der Ex-DDR wurde doppelt betrogen. Von der SED-Bürokratie entmündigt, hatte sie in den sogenannten Volkseigenen Betrieben nichts zu melden. Statt nach dem Sturz der Bürokratie die VEBs in

sondern unser Schicksal selbst in die Hand zu nehmen. Auch im Westen wurden alle Lohnverbesserungen und sozialen Errungenschaften von den Arbeitenden und ihren Organisationen hart erkämpft, auch ihnen ist nichts geschenkt worden. Noch ist erst ein kleiner Teil der ostdeutschen Betriebe privatisiert oder stillgelegt worden. Noch können wir versuchen, die Kontrolle über die Wirtschaft zu erlangen. Dazu ist notwendig:

\* Sofortiger Stop jeder Privatisierung, keine Betriebsstillegungen oder Entlassungen mehr

\* Öffnung der Geschäftsbücher und Offenlegung aller Verhandlungen der Geschäftsleitungen in den Betrieben und Kombinat, um den wirklichen Zustand einschätzen zu können

\* Überführung der Treuhandanstalt in demokratische Kontrolle der Beschäftigten und der Gewerkschaften. Jeder Betrieb könnte ein Leitungsgremium wählen, das sich zu gleichen Teilen aus Vertretern der Belegschaften, der Gewerkschaft und des Staates zusammensetzt. Damit hätten die Arbeitnehmervertreter das Übergewicht. Sie müssen demokratisch gewählt, jederzeit abwählbar, rechenschaftspflichtig sein und nicht mehr verdienen als ei-

\* Demokratische Ausarbeitung eines Plans zur Effektivierung und Modernisierung der Wirtschaft, auf betrieblicher Ebene sowie branchen- und landesweit, entsprechend den Bedürfnissen von arbeitender Bevölkerung und Umwelt.

\* Lohnfortzahlung bei Umschulung oder Arbeitsplatzwechsel; Arbeitszeitverkürzung statt Kurzarbeit oder Arbeitslosigkeit; einen garantierten Arbeitsplatz für alle

\* 1.500,- netto Mindesteinkommen und -rente für alle

\* Ein staatliches Programm zum Ausbau der Infrastruktur, Neubau von Wohnungen, für ein kostenloses Bildungs- und Gesundheitswesen, Erhalt und Verbesserung der sozialen Einrichtungen.

### Gemeinsamer Kampf

Wie könnte ein solches Programm durchgesetzt werden? Demonstrationen, Streiks und Betriebsbesetzungen sind mögliche Mittel. Aber sie laufen sich tot, wenn sie nicht Teil einer Gesamtstrategie sind. Alle betrieblichen und lokalen Kämpfe müssen ausgeweitet, der Kontakt zu anderen Betrieben der Region und der Branche gesucht werden. Besonders der Brückenschlag zu den westdeutschen Arbeit-

## Schiere Verzweiflung

\* Die Kriminalitätsrate in Ostdeutschland ist 1990 um 30% angestiegen, die Zahl der Eigentumsdelikte erhöhte sich um 50%, in einzelnen Deliktgruppen gab es gar dreistellige Zuwachsraten. (Laut Bundeskriminalamt Wiesbaden)

\* Die Zahl der Selbstmorde in Leipzig stieg 1990 um 20%. Während sich 1989 nur zwei Menschen wegen drohender Arbeitslosigkeit und Existenzangst das Leben nahmen, waren es 1990 bereits 23 - ein Anstieg um 1000%. Diese Tendenz setzte sich auch 1991 fort. Im Februar 91 brachten sich fast 40% der Selbstmörder aus Angst vor Arbeitslosigkeit um. (Laut Hauptkommissariat „Unnatürliche Todesfälle“, Leipzig)

\* Die Geburtenrate in der Ex-DDR ging 1990 gegenüber dem Vorjahr um knapp 50% zurück. (Laut Frauenministerium, Bonn)